

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgealtene Kolonne
 je Zeile 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegrafische Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Wittwoch, den 18. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Auf dem Parteitag in Hannover wurden die Unterzeichneten wieder mit der Führung der Parteigeschäfte beauftragt. Unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen hat die Konstituierung der Parteileitung stattgefunden und wurden unter anderen folgende Beschlüsse gefaßt:

- Die Adresse des Partei-Bureaus ist wie bisher:
 J. Auer, Berlin SW., Kagbachstr. 9.
- Sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Briefe und sonstigen Zusendungen sind an die vorstehende Adresse zu richten; alle Geldsendungen sind dagegen an den Parteifassierer
 Albin Gerisch, Berlin SW., Kagbachstr. 9,
 zu adressieren.
- Beschwerden über den Parteivorstand, dessen Geschäftsführung und Entscheidungen nimmt
 S. Meister, Hannover, Langestr. 1,
 entgegen.

Die Geschäfte unserer Partei werden in den einzelnen Orten von Vertrauenspersonen besorgt. Dieselben sind nach den Bestimmungen des § 4 unseres Organisationsstatuts alle Jahre im Anschluß an den Parteitag neu zu wählen und ist die erfolgte Wahl sofort, unter genauer Angabe der Adresse, dem Vorstand anzugeben. Wir richten deshalb an die Parteigenossen die Aufforderung, die notwendigen Neuwahlen so rasch wie möglich vorzunehmen und von dem Ergebnis und Kenntnis zu geben.

Auch die Vertrauenspersonen jener Orte, die im neuen Jahre die Parteigeschäfte weiter führen, sind verpflichtet, dem Parteivorstand davon Kenntnis zu geben. Besonders von Wichtigkeit ist es, jeden Adressenwechsel und mitzuteilen, damit keine störenden Unterbrechungen bei brieflichen Mitteilungen oder sonstigen Zusendungen eintreten.

Die vielfach in den Reihen der Parteigenossen verbreitete Ansicht, daß es genüge, wenn die Adresse der Vertrauensperson im Partei-Organ bekannt gegeben werde, ist falsch. Bei der Größe der Partei und dem Umfange der Parteipresse ist es ausgeschlossen, daß der Parteivorstand in den einzelnen Blättern jede Notiz verfolgt, in der eine Neuwahl der Vertrauensperson angezeigt wird.

Die Wahl der Vertrauenspersonen muß, um vereinsgeschlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, in öffentlichen Versammlungen vorgenommen werden, zu denen jedermann Zutritt hat, der sich zu den Grundsätzen unserer Partei bekennt.

Wo es den Parteigenossen nicht möglich ist, sei es aus Lokal-mangel oder anderen Gründen, öffentliche Versammlungen abzuhalten, genügt es, wenn die Genossen sich privatim verständigen und einen aus ihrer Mitte als Vertrauensperson in Vorschlag bringen.

Parteigenossen! Die Verhandlungen in Hannover gehören mit zu den denkwürdigsten in der Parteigeschichte. Angeregt durch die vorausgegangenen Diskussionen in der Parteipresse und den Versammlungen über die Grundanschauungen und die Taktik der Partei, saßen die Genossen dem Parteitag mit Spannung entgegen. Unsere Gegner erwarteten mit Bestimmtheit, daß diesmal ihre Hoffnung auf die Spaltung der Partei nicht zu Schanden werden würde. Ihre Enttäuschung ist eine um so bittere. Der Parteitag hat gehalten, was wir von ihm erwarteten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist eine unverrückbare Tatsache. Die Partei ist einig und entschlossen, wie bisher so in Zukunft auf dem Boden des Klassenkampfes den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu führen. Parteigenossen! Bereits die nächste Zukunft wird uns schwere Kämpfe bringen. Das Koalitionsrecht steht für die Arbeiterklasse auf dem Spiel. Die Zucht-Haus-Vorlage fordert zur schärfsten Abwehr heraus. Die kleine, aber einflussreiche Schaar der kapitalistischen und feudalen Schatzmänner ist eifrig an der Arbeit.

Die Nachschonung der Arbeiter muß verhütet werden. Sie wird verhütet werden, wenn jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit thut, die Massen aufzurufen und gegen die Volkentreiber mobil machen hilft, damit wir im gegebenen Moment den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen können.

Einig in unserem Willen, einig über das Ziel, das wir erstreben, bleibt die Parole die alte: Vorwärts zu neuen Kämpfen, vorwärts zu neuen Siegen!

Noch die Socialdemokratie!
 Berlin, den 17. Oktober 1899.
 Für die Parteileitung:
 August Bebel, Paul Singer,
 Vorsitzende.
 J. Auer, W. Pfannkuch, Schriftführer.
 Albin Gerisch, Kassierer.

Millerands Rede.

Von der Verführung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, wozu in erster Reihe die Syndikate der Arbeitervereine beitragen würden, sollte der sozialistische Handelsminister Millerand nach dem Wolffschen Bureau gesprochen haben. Wir hatten diese Nachricht sofort mit Zweifel aufgenommen (s. unsere gestrige Nummer unter Frankreich). In dem 2/3 Spalten langen Bericht, den die „Petite République“ über die Festlichkeiten in Lille bringt, finden wir denn auch von einer derartigen Wendung gar nichts. Den Abgeordneten der Syndikate gegenüber pries Millerand vielmehr diese „als ein notwendiges Mittel zur moralischen und materiellen Emanzipation der Arbeiter.“

Genosse Deberna, der die Millerand'sche Seite der Arbeiterpartei (Guesdisten) vertrat, erklärte, daß die Wirkung der Syndikate sehr unsicher sei; denn die vorübergehenden Vorteile, die durch sie

erreicht werden, könnten leicht vom Endziel ablenken. Er fügte hinzu, daß er nur mit schwerem Herzen Millerand ein Ministerium habe übernehmen sehen. Doch müsse er bei sorgfältigster Ueberwachung von Millerand's Handlungsweise als Minister seine volle Anerkennung für dieselbe aussprechen. Freilich dürfe man das Endziel nicht aus dem Auge verlieren; es gilt, die sociale Umwälzung zu erreichen.

Millerand erwiderte: „Niemand kann überzeugt sein, als ich, daß die Reformen, die wir bis jetzt durchführen konnten, gar nichts sind im Vergleich zu dem, was wir erhoffen und was wir oder unsere Kinder erreichen werden. Selbstverständlich muß der Arbeit der Arbeiterjudikate durch die der andern Associationen, die ein politisches oder sociales Ziel verfolgen, die zweiseitige Kraft gegeben werden. Die Syndikate müssen sich bemühen, das materielle Los der Arbeiter zu heben; die andern Associationen müssen sich dem politischen und socialen Erziehungsweil widmen. Ich hege daher daselbe Gefühl für diejenigen Arbeiterassociationen, welche für die materielle Befreiung arbeiten, wie für diejenigen, welche eine bessere Gesellschaft vorbereiten.“

Auch über die Gründe seines Eintritts ins Ministerium ließ sich Millerand mehrfach vernehmen, allerdings nicht in der ruhmvollen Weise, die Wolffs Bureau meldete. Den Radikalen und Socialistisch-Radikalen, die ihn zur Politik der Verteidigung der Republik beglückwünschten, erwiderte er:

„Sie haben recht; das Ministerium, dem ich angehöre, ist vor allem ein Ministerium der republikanischen Einnahme und Verteidigung. Auch gereicht es mir zur besonderen Freude, hier die Republikaner aus Lille zu begrüßen. Sie haben begriffen, daß es gegenwärtig die erste Pflicht aller Republikaner ist, sich ohne Unterschied der Partei um die Regierung zu bemühen, deren Aufgabe darin besteht, mit Ihnen die republikanischen Einrichtungen zu verteidigen.“

Beim Festwusch, welchen die Stadt Lille zu Ehren Millerand's gab, sagte der Bürgermeister von Lille, Genosse Delory, zum Minister:

„Keiner von uns verliert unsere Verfassung als Klassenpartei aus dem Auge. Wenn wir auch unaufhörlich wiederholen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse notwendigerweise die Expropriation der Kapitalistenklasse und die Socialisierung der Produktions- und Austauschmittel einschließt, so sind wir doch weit davon entfernt, die Reformarbeit zu mißbilligen, die Sie unternommen haben, und die den Arbeitern nützlich sein wird.“

In seiner Erwidrerung auf diese und andere Ansprachen erinnete Millerand zunächst daran, daß er vor sieben Jahren in Lille war, um den Kandidaten der organisierten socialistischen Partei zu unterstützen.

„Seitdem“, fügte er hinzu, „habe ich stets dieselbe Politik und dieselben Ideen verfolgt. Ich habe an meinem geringen Theile dazu beitragen wollen, daß die socialistische Partei aufsteigt. Ich habe sie beständig zur Eroberung der öffentlichen Gewalten führen und von dem Wege der Gewaltthat entfernen wollen, indem ich die praktische Bethätigung hervorhob. Wenn ich diese Politik verfolgte, und wenn ich bei diesem Bemühen einer der bescheidensten Handlanger war, so war ich auch einer der überzeugtesten; denn ich bin im innersten überzeugt, daß die Eroberung der öffentlichen Gewalten für eine Partei wie diese nicht nur das beste Mittel der Propaganda ist, sondern daß sie auch das einzige friedliche Mittel bildet, um ihre Ideen zum Siege zu führen, und daß dies zugleich das schnellste und sicherste Mittel ist, die Partei auf alle Schwierigkeiten und Notwendigkeiten hinzuweisen, die ihre selbst gewählte Arbeit erfordert.“

Wenn eine große Partei wie die unsrige zu ihren Ideen ein Land bekehren will, dessen Traditionen und Geschichte untrennbar mit der Geschichte der menschlichen Kultur verbunden ist, wenn sie sich zur Aufgabe stellt, die Nation dahin zu bringen, daß sie ihre Ideen teilt, so muß sie sich zuerst über die Hindernisse klar werden, die sie zu überwinden hat.

Wie könnte dies anders geschehen, als indem sie die Verantwortlichkeiten der öffentlichen Gewalten auf sich nimmt, wie anders, als indem sie sich mit allen Aufgaben belädt, die von den freien Bürgern erfüllt werden müssen?

Diese Auffassung von der Rolle der Partei, diese Mischung von Idealismus und nüchternem Verstand beherrschen das ganze politische Verhalten in denjenigen Reihen der Partei, zu denen zu gehören ich mir zur Ehre rechne.

Ich wende mich heute an die Demokratie von Lille nicht als Kämpfer, sondern als Mitglied der Regierung der Republik, als Mitglied eines Ministeriums, das es für ehrenvoll erachtet, sich als der Bevollmächtigte der gesamten republikanischen Partei zu betrachten.

Und als man mir, als man in meiner Person der socialistischen Partei einen Platz in diesem Ministerium anbot, da habe ich nicht gezögert, alle Verantwortlichkeiten auf mich zu nehmen; denn das halte ich für die erste Pflicht eines Republikaners, welcher Schattierung er auch angehöre, daß er sich der Ehre und den Gefahren, die man ihm anbietet, nicht entzieht.“

Millerand gab sodann eine Uebersicht über die Thätigkeit, die er als Handelsminister entfaltet hat. Seine Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Oktober.

Die Nationalliberalen und das Zucht-Hausgesetz.

Die Rede des Reichstags-Abgeordneten Bassermann in Badenheim vor einer nationalliberalen Wählerversammlung, über die wir eine gestern vorliegende kurze Mitteilung brachten, erregt allenthalben Aufsehen. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit geben wir den heute eingehenden ausführlichen Bericht:

Herr Bassermann erklärte, daß er durch die Vorgänge in diesem Sommer, durch die in den letzten Monaten entfaltete Agitation für die Vorlage in keiner Weise Veranlassung erhalten habe, seinen ablehnenden Standpunkt zu modifizieren. Wir dürfen keine Politik treiben, welche das Vertrauen der Arbeiterkreise

in die deutsche Reichsgesetzgebung erschüttert. Es gebe nicht nur socialdemokratische Arbeiter, sondern auch eine große Zahl Arbeiter, die auf reichstreuem Boden stehen, Leute, die absolut nichts wissen wollen von der Socialdemokratie. Es gebe in der socialdemokratischen Partei auch Hunderttausende von Mitläufern, die in dem Moment, wo sie das Vertrauen zurückgewinnen, in die Reihen der nationalen Parteien zurückkehren. Dann sei noch ein Gesichtspunkt zu berücksichtigen: Deutschland ist nicht beliebt im europäischen Völkerverkehr; es kann einfi der Moment kommen, wo ein Weltkampf sich entfacht, in welchem die deutsche Nation um ihre Existenz kämpfen muß. In diesem Kampf bedürfen wir auch der deutschen Arbeiter, und deshalb müssen wir auch in ihnen das Vertrauen erhalten. Wir müssen ihnen mit ehrlichem Gewissen sagen können: Wir treiben keine Klassenpolitik zu Gunsten der Großindustrie, wir wollen auch eure Rechte und eure Interessen ganz und voll wahren. Die Vorgänge in Bessalen, in Herne in diesem Sommer haben gezeigt, daß wir Machtmittel genug haben. Es ist nun eine große Agitation in diesem Sommer für die Vorlage entfaltet worden. Aber sie ist ausgegangen einzig und allein von der Großindustrie und ihrer Presse. Ihr Ruf: „Schutz den Arbeitwilligen“, ist eitel Scheinheil. Nicht um den Schutz der Arbeitwilligen handelt es sich, sondern um den Schutz der höchsten Interessen und die Pflege ihrer eigenen Machtbedürfnisse. Wir müssen eine volkswirthliche Partei im besten Sinne des Wortes sein, die vor allem Verständnis hat für alle Klassen, für alle Bevölkerungskreise unseres Volkes, auch für die Arbeiter.

Wir haben keinen Grund, uns gegen die in mannigfacher Hinsicht irrigen Anschauungen des Herrn Bassermann in dem Augenblick zu wenden, da von der Schatzmachersseite her eine flammende Meute auf ihn stürzt, da selbst seine national-liberalen Parteigenossen ihre Bitterkeit ob seines für die Industrieherrn wenig schmeichelhaften Urtheils kaum zu verhalten wissen.

Die „National-Zeitung“ begleitet die Rede ihres Parteigenossen mit süß-sauren Glossen:

„Wir sind mit der allgemeinen Auffassung des Herrn Abg. Bassermann über die Stellung der Reichsgesetzgebung zu der Arbeiterklasse durchaus einverstanden, sehen aber keine Wider-sprüche gegen sie in der Ansicht, daß gegen neuere Formen des Mißbrauchs der Koalitionsfreiheit ebenso Schranken notwendig sind, wie solche gegen die früher vorgekommenen Mißbräuche in dem § 153 der Gewerbe-Ordnung aufgerichtet sind. Herr Bassermann ist in den Preßorganen, auf welche er hinweist, in verlegender Weise angegriffen worden; es ist daher begründet, wenn er scharf erwidert. Aber er kann unmöglich glauben, daß nur von dieser Seite ein verächtlicher Schuß der Arbeitwilligen für notwendig gehalten werde; es ist ihm bekannt, daß mindestens die Hälfte der nationalliberalen Reichstags-fraktion schon während der ersten Lesung ebenfalls dieser Meinung war. Die Herzer Vorgänge beweisen allerdings nichts für die Vorlage; gegen Tumult und Landfriedensbruch wird künftig wie bisher nur Polizei und Militär helfen können, und schwere Bestrafung solcher Ausschreitungen ist durch das bestehende Strafgesetz vorgesehen. Nicht wegen der Herzer Ereignisse, sondern aus Gründen, welche schon vor der ersten Lesung des Gesetzeswurfs obwalteten, in dieser aber nicht genügend zur Geltung gekommen sind, scheint uns eine veränderte Behandlung der Angelegenheit in der zweiten Beratung geboten. Es werden von national-liberaler Seite entsprechende Anträge eingebracht werden.“

Wir dachten, die Regierung des Grafen v. Posadowsky hatte sich eifrig genug bemüht, die „neuen Formen“ des Mißbrauchs des Koalitionsrechts in ihrer „Denkschrift“ vorzuführen. Die „National-Zeitung“ hat aber noch andere wunderbare Enthüllungen bereit, so geheimnisvolle Dinge, daß sie sie in erster Lesung des Gesetzeswurfs durch keinen ihrer Fraktionsfreunde offenbaren lassen möchte, daß sie sie selbst bis auf den heutigen Tag der harrenden Welt nicht preisgibt. Warum zögert das Blatt des liberalen Bürgertums, endlich einige „Gründe“ für den reaktionärsten und infamsten aller Gesetzeswürfe beizubringen? —

Lehrermißbrauch in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen wird uns ein höchst bemerkenswerter Fall von Ausnutzung der Beamtenmacht zu einseitigen Parteizwecken berichtet. Unser Korrespondent schreibt:

Es scheint bei uns in Ostpreußen von den hohen Beamten als selbstverständlich angesehen zu werden, daß sie selbst und alle Unterbeamten bis zum Schullehrer, Landbriefträger und Nachtwächter herab bei der Bekämpfung gegen die Socialdemokratie mitzuwirken haben. Für diese Anschauung liegt jetzt folgender neue Beweis vor.

Bekanntlich wurde nach der letzten Reichstagswahl von den Konservativen, denen der Schred über die socialdemokratischen Erfolge gewaltig in die Knochen gefahren war, eine lebhaftige Gegenagitation beschlossen. Als wirksamstes Mittel wurde ein in Königsberg herausgegebenes kleines konservatives Blättchen im muckrischen Stile, der „Preussische Volksfreund“, angesehen. In 30000 Exemplaren wurde das Blatt, dessen Hauptinhalt in Schwindeleien über die Socialdemokratie und ihre Führer besteht, gratis auf dem Lande verteilt.

Pastoren, Lehrer, sonstige Beamte, die Gutsbesitzer usw. erhielten wöchentlich ihr Paket Zeitungen zur Verteilung zugeandt.

Es war vorausgesehen, daß den konservativen Parteikenten die Mittel bald knapp werden würden. Und im ersten Schred hierüber hatten die Gutsbesitzer in die Tasche gegriffen. Schon

Jeht aber scheint die Ebbe in der Klasse für die Agitation eingetreten zu sein, denn der „Volksheld“ soll jetzt nicht mehr gratis geliefert werden. Die Gewinnung von Abonnenten für das Blatt würde natürlich nicht leicht sein, deshalb sollen die Lehrer wieder einmal helfend einspringen. An die ersten Lehrer des Kreises Raguit ist folgendes Circular verschickt:

Der Königl. Kreis-Schulinspektor.

Raguit, den 29. September 1899.

In Hinblick auf den nahenden Winter, welcher mehr freie Zeit und damit ein gesteigertes Bedürfnis nach geistiger Anregung bietet, erscheint es geboten, für die Beschaffung eines guten Lesestoffes durch Verbreitung von geeigneten Volkschriften zu sorgen. Die Ihnen bekannt ist mit dem Vertrieb eines passenden Kalenders bereits begonnen, daneben ist es aber unerlässlich, eine dauernde Gelegenheit zur Darbietung guten Lesestoffes zu beschaffen. Bisher ist hier im Kreise der „Volksheld“, ein christlich-monarchische Anschauungen vertretendes Blatt, wöchentlich einmal von verschiedenen Stellen unentgeltlich verteilt worden. Die unentgeltliche Verteilung soll demnächst eingestellt werden, so daß es jetzt geboten erscheint, feste Abonnenten an allen Orten zu gewinnen.

Indem ich eine Nummer des „Volksheld“ zur Ansicht und ein Exemplar der Bezugsbedingungen beifüge, erlaube ich, in geeigneter Weise für die Gewinnung von Abonnenten zu wirken. So weit nicht Einzelabonnements bei der Post angenommen werden (40 Pf., mit Botenlohn 55 Pf.), wird es am billigsten sein, wenn Sie selbst oder eine sonst geeignete Persönlichkeit 10 Exemplare zu 3 M. (einschl. Porto) bestellen und die Unterverteilung übernehmen. Es ist eine dankbare Aufgabe, bei der Verbreitung guter Volkschriften nicht nur anregend, sondern auch fördernd mitzuwirken, und darf ich daher erwarten, daß Sie mit Lust und Hingabe in der angebotenen Weise arbeiten werden. Ueber das Ergebnis Ihrer Bemühungen erwarte ich Bericht binnen vierzehn Tagen.

v. Vultejus.

An sämtliche Herren ersten Lehrer des Kreises.

Aber noch mehr!

Das Schreiben des Kreis-Schulinspektors v. Vultejus nebst dem beigelegten Blatt und den Bezugsbedingungen ist nicht auf Kosten des konservativen Agitationskomitees, sondern auf einem anderen Wege durch das königliche Landratsamt in Raguit an die Lehrer gefandt worden. Das Couvert trägt außer der Adresse des Lehrers noch den Vermerk:

frei.

Kgl. Pr. Landratsamt.

Die Rückseite zeigt den amtlichen Dienstempel des Landratsamtes Raguit.

Die Versendung des Circulars ist also vom Landratsamt aus erfolgt. Da es aber nicht zu den amtlichen Angelegenheiten des Landrates gehört, für die Verteilung der ostelbischen Landarbeiter zu sorgen, so liegt zweifelsohne Porto-Hinterziehung vor und wir sind neugierig, ob die Postbehörde jene amtliche Ungefehllichkeit ungeführt gewähren lassen wird.

Von ernster Bedeutung jedoch ist der Versuch der Schulbehörde, die ihr unterstellten Volksbildner zu Kolporteurs eines reaktionären, die Volksbildung keineswegs fördernden Blattes herabzuwürdigen.

Wir fordern, daß der preussische Minister für Unterrichtsangelegenheiten gegen diese Vereinträchtigung der Gewissensfreiheit der Lehrer unverzüglich einschreite und Abhilfe schaffe.

Ein neues Kampffeld. Aus Oldenburg meldet uns ein Privattelegramm, daß bei der heutigen Wahl zum Landtag unser Parteigenosse Hug als einer der vier Vertreter für das Amt Jeder gewählt worden ist. Damit tritt zum erstenmale ein Socialdemokrat in den Landtag des Großherzogtums Oldenburg. Genosse Hug, der Leiter unseres Partei-Unternehmens in Bant, ein bewährter Streiter in unseren Reihen, wird unsere Ideen im oldenburgischen Parlament trefflich vertreten.

Deutsches Reich.

Majestätsbeleidigende Agrarier.

Der Herausgeber der „Deutschen Agrarischen Korrespondenz“, Edmund Klapper, stand Dienstag vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Den Vorwurf führte Landgerichtsrat Braun, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Dr. Oppermann, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Feidler und Kayell.

Auf den Antrag des Staatsanwalts beschloß der Gerichtshof, die Öffentlichkeit während der Verhandlung auszuschließen.

Die Thatsachen, die der Anklage zu Grunde liegen, dürften bekannt sein. In der Korrespondenz, die der Angeklagte herausgibt, erschien anfangs vorigen Monats eine Serie von Artikeln, welche wegen der ganzen darin zum Ausdruck gebrachten Tendenz eine Majestätsbeleidigung enthalten sollten. Die Artikel befaßten sich mit einer eingehenden Betrachtung der grundsätzlichen Stellungnahme des Staatsoberhauptes zur preussischen Verfassung, sowie die daran geknüpfte Erörterung der staatsrechtlichen Frage, ob in den Vorgängen vor und nach der Abstimmung der Kanalvorlage — Vereinfachung von Abgeordneten und deren spätere Maßregelung als Beamte — nur eine politische vielleicht unkluge, aber doch gesetzlich zulässige Handlung, oder ob darin vielmehr ein Verfassungsverstoß gegeben sei.

Der Gerichtshof gelangte zu einer für den Angeklagten ungünstigen Auffassung. In den Artikeln werde der Kaiser im Gegensatz zu früheren Herrschern gekennzeichnet. Wie ein roter Faden gehe durch die Artikel die Behauptung, daß der Kaiser den Befehl zur Maßregelung der Beamten erteilt habe und — wie der Angeklagte betonte — sei er „nach reiflicher Ueberlegung und kühlen Kopfes“ zu der Ansicht gelangt, daß ein Verfassungsbruch vorliege. Daß hierin eine Majestätsbeleidigung zu finden sei, bedürfte keiner Ausführung. Da der Angeklagte im großen Ganzen seine Ansichten in einer anständigen Form wiedergegeben habe, sei nicht nach dem Antrag des Staatsanwalts auf sechs Monate Gefängnis, sondern auf sechs Monate Festung erkannt worden. Die Beschlagnahme der Nummern mit den beanstandeten Artikeln müsse ausgesprochen werden.

Herr Klapper gehört also zu den glücklicheren Majestätsbeleidigern, die wegen der anständigen Form nur eine Festungstrafe zuerkannt. Socialdemokraten ist es bekanntlich niemals gegeben, in solchen Fällen die Anerkennung einer anständigen Form zu gewinnen.

Der „Deutschen Tageszeitung“ wird es schon bei der Erfahrung, daß selbst königstreue Agrarier sich in die Majestätsbeleidigungs-Paragrafen verstricken könnten, und sie schwingt sich zu folgenden Betrachtungen auf:

Wenn der Träger der Krone nicht nur in großen, entscheidenden Augenblicken, in wesentlichen Fragen der Reichsherrschaft und Staatsautorität, sondern bei jeder der vielen Einzelheiten persönlich hervortritt und seine Anschauung ohne ministerielle Deckung kundgibt, dann liegen zwei Gefahren vor:

entweder eine königliche Meinungsänderung wird in den oft ungeschönten Kampf der Parteien herabgezogen, oder sie bleibt unbeachtet, weil man den verfassungsmäßigen Grundlag festhält, daß nicht der Fürst, sondern die Minister verantwortliche Träger der Politik sind. In beiden Fällen wird die Stellung der Krone nicht gehoben, sondern sie läuft Gefahr, gemindert zu werden. Weil wir aber eine solche Minderung nicht wünschen, weil wir sie um jeden Preis vermeiden möchten, halten wir es für eine unabweisbare Pflicht, einmal auf diese Gefahren hinzuweisen.

Wir selbst werden uns niemals von unserer Gespögnheit abdrängen lassen, wenn sie auch manchmal unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eine Fiktion erscheinen mag. Wenn der Träger der Krone das Bedürfnis empfindet, in irgend welcher Frage seine Meinung kundzugeben, so werden wir diese Kundgebung mit der Ehrsucht entgegennehmen, die der Stelle gebührt, von der sie ausgeht. Vollemisch aus einanderzusetzen werden wir uns aber niemals mit dem Monarchen, sondern nur mit seinen Ministern. So wird die Verfassung, die unter allen Umständen zu achten die Pflicht aller ist.

Wider das Zuchthausgesetz.

Aus München meldet uns ein Privattelegramm, daß die socialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags eine Interpellation an die Regierung eingebracht hat des Inhalts: Warum hat die Regierung im Bundesrat dem Gesetzentwurf betreffend Schutz der Arbeitswilligen“ zugestimmt? —

Der Bund der Industriellen und die Zuchthaus-Vorlage.

Am Montag und Dienstag sind hier in Berlin die Delegierten des Bundes der Industriellen zu einer Generalversammlung vereinigt gewesen. Der Dienstag brachte die Beratung über die Zuchthaus-Vorlage. Am Abend vorher hatten sich die Delegierten durch ein glänzendes Mahl in den „Vier Jahreszeiten“ für diese schwere Arbeit gestärkt. Der Generalsekretär des Bundes, Herr Dr. Wendlandt, berichtet über die Umfrage, die der Bund bei seinen Mitgliedern, betreffend die Mittel und Wege für den Schutz der Arbeitswilligen, angestellt hat. Die Ansicht des Vorstandes, daß ein gesetzlicher Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses nötig sei, sei durch die Umfrage bestätigt worden. 95,5 Proz. aller Antworten sprachen sich nämlich für die Notwendigkeit eines Gesetzes aus, zum Teil ganz entschieden und unter allen Umständen. Nur 4,5 Proz. verneinten die Notwendigkeit eines Gesetzes, zum Teil unter Hinweis darauf, daß die bestehenden Gesetze vollständig ausreichend wären. Eine weitere Frage ging dahin, ob es nicht unter Ausschluß gesetzlicher Schutzes auf dem Wege freier Vereinbarung möglich sei, das Arbeitsverhältnis genügend zu sichern. 77 Proz. der Antworten verneinten das rundweg, weil dadurch nicht sowohl der Schutz der Arbeitswilligen, sondern überhaupt eine Stärkung der Stellung der Arbeitnehmer herbeigeführt würde. In einem wirksamen Schutz sei vielmehr eine große Arbeitgeber-Vereinigung erforderlich, damit alle Arbeitgeber daneben sergehhalten werden und die Arbeitgeber alle Arbeitsnachweise in die Hände bekommen. 35 Prozent gaben übrigens Fälle an, in denen sie durch streikende Arbeiter geschädigt, oder in denen arbeitswillige Arbeiter ihrer Fabrik irgendwie behindert oder mißhandelt worden sind.

Der einzige Redner, der gegen die weitere Einschränkung des Koalitionsrechts sprach, war der bekannte Berliner Fabrikant Weigert, der unter großer Unruhe der versammelten Schorf-macher seinen ablehnenden Standpunkt vertrat. In der von ihm eingebrachten, später zurückgezogenen Resolution ist gesagt, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen den Arbeitswilligen ausreichenden Schutz gewähren. Nach längerer Diskussion wurde schließlich nachstehende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen hält auf Grund ihrer Umfrage bei den Mitgliedern des Bundes die völlige Gewährleistung der Willensfreiheit der Arbeitswilligen für unbedingt notwendig. Sie ist der Ansicht, daß die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen diesen Schutz nicht in ausreichendem Maße bieten. Sie beauftragt daher den Vorstand des Bundes, für eine Verstärkung der gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen unter Ablehnung der zu weit gehenden Vorschläge der Regierung an zuständiger Stelle einzutreten.

Die „zu weit gehenden Vorschläge der Regierung“ — das ist das verheißene Zuchthaus; dem milden Sinn der Unternehmer genügt es, wenn ihre wirtschaftlichen Widerfächer in das Gefängnis wandern. Sie hätten wohl auch nichts gegen das Zuchthaus einzusetzen, wenn sie in dieser Bestimmung nicht eine Verschlechterung der Ausichten des ganzen Gesetzes fürchteten.

In der Debatte wurde auch das Interessanteste aus der ganzen Umfrage mitgeteilt, nämlich, daß sich von den 4000 Mitgliedern des Bundes nur 140 an ihr beteiligt haben. Das läßt die Bedeutung der ganzen Veranstaltung recht sehr zusammenfassen. Immerhin wird das „direkt aus dem Leben gegriffene Material“ der Verlegenheit des Herrn von Posa-dowsky vielleicht einige Zeit willkommen sein. Viele Ausschreitungen, die in der Denkschrift schon zweimal gezählt sind, marschieren nun nochmals mit und füllen den Patronenfaß.

Nötig hat der Herr Minister die Hülfleistung; wenn's nur nicht wieder Plagpatronen sind!

78 Millionen für Ostafrika!

Der Kolonialrat hat sich einstimmig damit einverstanden erklärt, daß das Reich den Bau der ostafrikanischen Centralbahn auf eigene Rechnung übernehme, nachdem der Vertreter der Regierung erklärt hatte, daß infolge der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes die Verhandlungen mit dem Konjunktum, das die Bahn aus eigenen Mitteln unter Hinzuhilfenahme des Reichs bauen wollte, ergebnislos verlaufen sind. Die Kosten der in drei Jahren zu erbauenden Strecke bis Uam sind auf zwösi Millionen veranschlagt, von welcher Summe im nächstjährigen Etat als erste Rate vier Millionen gefordert werden sollen.

Die Teilstrecke, für die 12 Millionen gefordert werden, ist 201 Kilometer lang, während die ganze Linie 1778 Kilometer beträgt und mithin wenigstens 78 Millionen kosten würde.

Wie wird sich der Reichstag zu dieser Millionen-Vergewendung stellen? —

Ein Volksurteil. Unser Magdeburger Parteiblatt meldet aus Schönebeck: In einer am Sonntagmittag abgehaltenen Versammlung wurde einstimmig der bisherige Vertreter des Kreises, Abg. Albert Schmidt, wiederum als Kandidat aufgestellt. Die Versammlung war von ca. 2000 Personen besucht und gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung gegen die Majestätsbeleidigungs-Prozesse im allgemeinen und gegen den Prozeß Schmidt im besonderen. Es war ein erhebender Anblick, als die Vertrauensleute der einzelnen Bezirke die in ihren Kreisen herrschende Stimmung wiedergaben und die Vertreter der Nachbarwahlkreise den Genossen ihre Unterstützung zusicherten. Es herrschte eine Begeisterung, wie wir sie in den letzten Reichstagswahlen kaum beobachtet haben. Ueber die Majestätsbeleidigungs-Prozesse gegen Müller und Schmidt erscheint in den nächsten Tagen eine Broschüre.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ empfinden es als eine Lücke im Gesetz, daß die Abrechnung des Reichstagsmandats nur den Verlust eines bereits vorhandenen, nicht aber eines neu übertragenen zur Folge hat:

Der Gedanke des Gesetzgebers dürfte indes augenscheinlich gewesen sein, in unserem monarchischen Staatswesen denjenigen, welcher sich einer schwereren Majestätsbeleidigung schuldig gemacht hat, wegen seiner damit bewiesenen Gestimmung, wenigstens bis das Vergehen gesühnt und die Strafe verbüßt ist, als unfähig oder

unwürdig von der Volkvertretung und von öffentlichen Ämtern auszuschließen. Eine Reuewohl Schmidt würde einfach bedeuten, daß dem Gesetz ein Schnippen geschlagen und eine Demonstration gegen das wichtigste Institut in Scene gesetzt wird. Hier besteht also im § 65 eine unzureichende, zu zweifelhaften Inzuträglichkeiten führende Bestimmung, die bei gegebener Gelegenheit entsprechend ergänzt werden muß.

In einem Augenblick, wo der Oifer, Majestätsbeleidigungs-Prozesse zu konstruieren, in der Bevölkerung allgemein als ein schweres Uebel empfunden wird, wünscht das Konnenorgan der Schweidbürger noch eine Verschärfung, für die der Reichstag wohl kaum zu haben ist.

Ein Kasseretelegramm. Der Kaiser hat an die Gattin des Präsidenten der „White Star“-Linie, Mr. Jemoy, das folgende Telegramm gerichtet:

Ich bin über die Nachricht von der Erkrankung Ihres Gatten höchlich bedauert, hoffe und vertraue aber, daß er Ihnen erhalten bleibe, er, der eine der hervorragendsten Persönlichkeiten in der Schiffswelt ist, und den auch ich noch sehr wohl in der Erinnerung habe von dem Besuche her, den ich vor einigen Jahren der „Teutonic“ abstattete. Ich erwarte übrigens soeben von einem deutschen Herrn, der ein Passagier auf der „Oceanic“ gewesen, daß diese ein Baubewert der Vollkommenheit in Bau und Ausstattung und durchaus würdig ist der berühmten Linie und ihres illustren Eigentümers. Wilhelm, I. R.

Die englischen Blätter sehen in diesem Telegramm den Ausdruck besonderer Hochachtung des Kaisers vor den Leistungen der Engländer. Das Telegramm gefällt ihnen, da sie in den Krieg gegen die Boeren gezogen sind, weit besser als jenes andere, darin der Kaiser vor wenigen Jahren dem Präsidenten der Boererepublik seine Sympathien bezugte.

Kolonialpolitisches. Den „Berliner Neuesten Nachrichten“ zufolge sollen im Deutschen Kolonialrat Stimmen dafür vorhanden sein, Sam o a gegen gewisse Entschädigungen anzugeben. Dagegen habe Graf Wilow in der Sitzung des Kolonialrats hervorgehoben, daß er in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in Deutschland die Wahrung unserer alten Stellung auf Samoa allen andern Erwägungen voranzustellen müsse.

Man scheint auch in kolonialen Fragen in unserer Regierung arg zweierlei Meinung zu sein.

Herr Ansof. Wie die Blätter nunmehr als sicher berichten, hat der Korrektor der Reichstags-Stenogramme, Bureau-director Ansof, um seine Entlassung nachgesucht — natürlich ausschließlich aus Gesundheitsrücksichten.

Mag auch Herr Ansof gehen, seine Handlung wird dadurch der Kritik des Reichstags nicht entzogen werden.

Das Unfallversicherungs-Gesetz soll dem Reichstag sofort oder kurz nach dessen Zusammentritt vorgelegt werden. Unter den Vorlagen, die dem Reichstage möglicherweise noch zugehen, befindet sich, nach der „Mittl. Allg. Ztg.“, auch die Seemanns-ordnung und das Privatversicherungs-Gesetz. Beide Entwürfe sind fertig gestellt.

Die edlen Herren der Kirche. Die Geistlichen der Synode Schlochau haben, wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, für den wegen seiner Abtinnung gegen die Kanalvorlage zur Disposition gestellten Landrat Kersten Gottes Segen ausgerufen. Die in der „Kreuzzeitung“ abgedruckte Beileidsadresse der Geistlichen spricht das aufrichtigste Bedauern aus über den Weggang des Landrats und schließt: Möge Gott der Herr Ihnen dafür lohnen und mit seinem Schutz und Segen über Ihnen und Ihrem Hause wachen.

In Stralsburg feierte kürzlich der Kaiser die Geislichkeit als beste Helferin seiner Politik und erbat ihre fernere Unterstützung. Er wird an den Geistlichen von Schlochau, die mehr zu den rebellischen Landräten halten, wenig Freude haben.

Die Orts-Krankenkassen beginnen den Scharfmachen unheimlich zu werden. Die „Berl. R. N.“ reden in Anknüpfung an den Krankentag in Hannover von einer „socialdemokratischen Heerschar“ über die eroberten Kassen und sagen dann:

Es wird sich nachgerade doch ernstlich fragen müssen, ob die Reichsregierung fernerhin dulden darf, daß unter ihren Augen und gegen ihre aufsteigende Ohnmacht die Krankenkassenverbände sich immer mehr zu socialdemokratischen Einrichtungen gestalten und die politische Macht der Umstürzer vermehren helfen.

Einstmal's dachte das Unternehmertum anders über die Ortskassen. Die Arbeiter hatten sich ihre großen freien Kassen geschaffen. In ihnen sah das Unternehmertum eine Stütze und einen Sammelpunkt der Socialdemokratie. Diesen vermuteten Stützpunkt zu untergraben; darauf war das Krankenkassen-Gesetz mit seinem Zwangskassen-System von vornherein zugeschnitten und nach dieser Richtung wurde es immer mehr revidiert. Unter dem Vorwande, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, wandte man den Ortskassen mehr und mehr Vorteile zu in der Hoffnung, die großen freien Kassen dadurch zu ruinieren. Das ist ja nun nicht gelungen, wohl aber haben die aufgeregten Arbeiter allmählich den Kampf für die freien gegen die Ortskassen aufgegeben, sie sind in Masse in die Ortskassen eingetreten und da ist es denn ganz natürlich, daß sie sich von den Unternehmern nicht lange gönnen lassen, sondern mit der gewohnten Thakraft die Leitung der Kassen selbst in die Hand nehmen und sie im Interesse der Versicherten zu leiten suchen. Wenn heute die aufgeregten Arbeiter die Leitung der großen Ortskassen in der Hand haben, so haben sich das die Unternehmer, die sich jetzt dadurch bedrückt fühlen, selbst zuzuschreiben.

Ostelbische Gesundheitsveret. Aus Elbing wird uns vom 18. Oktober berichtet: Vor einigen Monaten berichtete der „Vorwärts“, daß der Lieutenant, Guttsbesitzer und Amtsvorsteher Abraham in Neudorf im Kreise Elbing gegen einen Knecht, der widerrechtlich den Dienst bei ihm verlassen hatte, mehrere Geld- resp. Haftstrafen festsetzen ließ. Der Knecht beklagte sich bei der ersten Strafe schon lebhaft über die Zustände in der Dorf-clause, wo er die Strafe abtun mußte. Während der zweiten, fünf- oder sieben-tägigen Strafe bekam der Knecht nur eine Schilte Dauer der Haft in den Kleibern bleiben mußte. Eine schwere Erschütterung und geschwollene Füße, welche ihn zwangen, mehrere Tage das Bett zu hüten, glaubte der Knecht nur auf die Haftstrafe zurückzuführen zu können. Der junge Mann zog nach Elbing und hat hier Arbeit gefunden. Vor dem Herrn Abraham glaubte er Ruhe zu haben, nachdem er zwei Strafen verbüßt hatte. Er hat sich gewaltig geirrt. Ende September hat er folgenden Straf-befehl erhalten:

Da Sie meiner Verfügung vom 17. Mai 1899 J. Nr. 517 nicht nachgekommen sind und den widerrechtlich verlassenen Dienst bei Ihrem Dienstherrn, dem Guttsbesitzer und Lieutenant Herrn Abraham in Neudorf nicht wieder aufgenommen haben, setze ich die Ihnen durch obige Verfügung angeordnete Exekutivstrafe von 60 (sechzig) Mark, an deren Stelle, wenn Sie unbedeutend, eine Haft von 7 (Sieben) Tagen tritt, hierdurch gegen Sie fest.

Zugleich fordere ich Sie wiederholt auf, den widerrechtlich verlassenen Dienst bei Ihrem Dienstherrn, Guttsbesitzer Abraham in Neudorf, binnen 24 Stunden nach Empfang dieser Verfügung wieder aufzunehmen und fortzusetzen, widrigenfalls eine Exekutivstrafe von 60 (sechzig) Mark, an deren Stelle, wenn Sie unbedeutend, eine Haft von 7 (Sieben) Tagen tritt und welche Ihnen hierdurch angekündigt ist, gegen Sie festgesetzt werden wird.

Amt Kreisshof.

Winterfelde, den 20. September 1899.

Der Amtsvorsteher, Rome unleserlich. Der Knecht, der schon zwei Strafen abgelesen, weil er den Dienst nicht wieder antreten wollte, denkt natürlich nicht daran, jetzt

nach wieder auf den Gutshof des Herrn Abraham zurückzukehren, nachdem er schon vier Monate lang in der Stadt arbeitet. Venerenswert an dem Schriftstücken ist, daß eine Strafe verhängt und gleichzeitig eine zweite in Aussicht gestellt wird. Der Amtsvorsteher faßt selbst nicht recht daran zu glauben, daß sein Mas die beabsichtigte Wirkung hat. Auffallend ist, daß ein so ungewöhnlich hoher Geldbetrag als Strafe festgesetzt ist. Ein Knecht im Elbinger Kreise bekommt nur 120, höchstens 160 M. Jahreslohn, wie da ein Strafmandat über 80 M. erlassen werden kann, ist unbegreiflich.

Der Fall zeigt besonders deutlich, wie berechtigt es ist, wenn von einer Gefängnisstrafe gesprochen wird.

Deutscher C. S., 10. Oktober. (Eig. Ber.) Hier tritt immer bestmühter das Gefühl auf, daß der Reichstags-Abgeordnete Dr. Stephan, der kürzlich zum Generaldirektor der gräflich Schaafscheschen Verwaltung gewählt wurde, infolge dieser Wahl sein Reichstagsmandat niederlegen wird. Es wäre äußerst interessant, wenn sich dieses Gerücht bewahrheitete und damit erwiesen wäre, daß die Wahl zum fürstlich bezahlten Generaldirektor einer katholischen Industrieverwaltung nur ein schlaues Mittel zu dem Zwecke war, einen anständigen, in Arbeiterfragen ziemlich objektiv denkenden und deshalb dem arbeitereindlichen Centrum unbenommenen Abgeordneten los zu werden. Und Socialdemokraten wäre eine Neuwahl natürlich äußerst willkommen, wir sind schon heute bereit, die Wahllegation zu beglücken. Der 1898er Wahl sollte eine so verbesserte Renauilage folgen, daß das oberste Reichstagsmandat für lange Zeit genug haben sollte. Ob es, zumal nach den neuesten Rückversicherungen zwischen den polnischen und katholischen schwarzen Brüdern, in Reich auf dem Reichstagsmandat zu einer politischen Centrumskandidatur kommen werde? Das wäre ja die offizielle Anerkennung der Niederlage Kopp's im Kampfe mit den Polen.

Milhanen i. C., 18. Oktober. (Eig. Ber.) Die gestern stattgehabten Gemeinderats-Ergänzungswahlen brachten der Socialdemokratie einen bedeutenden Wahlerfolg. Die gesamten bürgerlichen Parteien hatten sich zu einem Wahlbündnis gegen die socialistische Arbeiterschaft zusammengeschlossen. Altdeutsche und Gläubiger, Liberale und Merikale figurierten in hohler Eintracht neben einander auf dem bürgerlichen Wahlzettel. Trotz dieser unnatürlichen Verbrüderung, die nur unter dem Eindruck der schlotternden Angst vor einer Verstärkung der socialistischen Vertretung auf dem Rathband der oberste Reichstags-Industrie-Metropole zustande kommen konnte, gelang es den Bürgerlichen nicht, im ersten Wahlgang alle fünf Kandidaten durchzubringen. Diese erhielten von 10500 insgesamt abgegebenen Stimmen 5095 bis 5429, während die socialistische Liste 4815 bis 5046 Stimmen erhielt. Nächsten Sonntag hat, da nur drei der aufgestellten bürgerlichen Kandidaten das absolute Stimmenniveau erzielten, eine Nachwahl stattzufinden, bei der die einfache Majorität entscheidet. Obwohl auf der Liste der Socialdemokratie diesmal kein einziger besonders „zugkräftiger“ Name stand, hat unsere Stimmzahl gegenüber der letzten Wahl von 1896 doch um rund 1000, d. i. um etwa 25 Prozent, zugenommen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.
Wegen Majestätsbeleidigung sind verurteilt worden: In **Deutscher C. S.** der Grundarbeiter Jurel aus Pöhlberg zu 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, in **Kreuzburg** eine Bauerfrau Wäcker aus Kusow bei Landberg (bei Wittenberg) zu 6 Monaten und in **Cels der Arbeiter Hofel zu 5 Jahren Gefängnis, der höchsten zulässigen Strafe.**

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Aufhebung der Sprachenverordnungen.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die angekündigte Aufhebung der Sprachenverordnungen. Diese erfolgt durch zwei für Böhmen und Mähren gesondert erlassene Verordnungen der Ministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues, betreffend den Gebrauch der Landessprachen bei den Behörden. Durch § 1 werden die Ministerialverordnungen vom 24. Februar 1898 außer Kraft gesetzt. § 2 bestimmt, daß bis zur gesetzlichen Regelung, die in Vorbereitung ist, provisorisch die Bestimmungen und Grundsätze zur Anwendung kommen, welche vor dem 5. April 1897 (dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der am 15. März v. J. außer Kraft getretenen Verordnungen) maßgebend waren. Durch § 3 wird festgesetzt, daß die gegenwärtige Verordnung sofort in Kraft tritt.

Wien, 17. Oktober. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, fänden in Bistow bei Prag und in Prohny (Mähren) gefühn und Anlaß der Aufhebung der Sprachenverordnungen Demonstrationen statt. In Bistow wurden 10 Manifestanten verhaftet. In Prohny schlugen Gassen die Fenster mehrerer Häuser ein, deren Besitzer Deutsche bzw. Juden sind.

Jungezechische Abgeordnete veröffentlichten ein Manifest, welches eine Protestkundgebung gegen die Aufhebung der Sprachenverordnungen enthält und die Aufhebung eine scharfe Beleidigung des tschechischen Volkes nennt.

Dänemark.

Bei der Subgetberatung im Folkething hat ein neuer socialdemokratischer Abgeordneter M. T. Nyholm seine Jungfernsprache gehalten; er besprach die Verhältnisse der Staatsarbeiter. Nyholm ist in dieser Frage besonders kompetent, da er früher Arbeiter an der Staatspulverfabrik war und wegen seiner politischen Betätigung entlassen wurde. Er entwarf eine grelle Schilderung von den furchterlichen Arbeitsverhältnissen der Staatsarbeiter. Er legte eine lange Lohnliste der verschiedenen Staatsarbeiter vor und wies nach, daß sie schlechter bezahlt werden als Privatarbeiter. Ferner führte er eine Reihe Beispiele an, daß Staatsarbeiter wegen ihrer politischen Bestimmung entlassen sind, und forderte die Minister auf, dafür zu sorgen, daß dergleichen nicht wieder vorkomme. Seine Rede war nicht nur inhaltlich bedeutungsvoll, sondern auch in der Form sehr ansprechend. Die Partei hat in diesem an dem Arbeitsstande hervorgegangenen Abgeordneten eine vielversprechende Kräfte gewonnen.

Laß schwagen!

II.

Wenn irgend etwas die tiefe Luft anzeigt, die zwischen der Socialdemokratie und den bürgerlichen Parteien aller Richtungen besteht, so beweist dies das Verhalten der Presse bei Gelegenheit unseres Parteitag. Was da an Verständnisslosigkeit und Unwilligkeit geleistet wird, läßt wirklich keinen Raum für die Meinung, es könnten sich gewisse Schichten des Bürgertums und an nähern. Immerhin ist es nicht unwichtig, in die „Gedankenwerkstatt“ unserer Gegner auch einen Blick zu werfen.

Die „Abnische Zeitung“ läßt munter: „Denjenigen deutschen Professoren, die eine unbegrenzte Hochachtung vor der vaterlandlosen Internationalen hegen, gab Bebel einen Vorgeschmack dessen, was ihrer unter seiner Frucht wartet; er gestattet gütigst auf dem Papier die freie Forschung, aber nur wenn sie die theoretischen Grundlagen der Parteiforderungen nicht antastet. So ähnlich sagt es der Varrar auch.“ Die gesamten Verhandlungen haben dabei bewiesen, daß bei uns ein Weg von schrankenloser kritischer Freiheit herrscht — gerade Bebel bezeichnete die absolute Freiheit der Kritik als unsere Lebensluft — wie sie nie und nirgends in einer politischen Partei gestattet wird.

Ebenso hoch stehen die weitesten Aeußerungen des national-liberalen Blattes:

„Man hat nicht mehr den Mut und die Kraft, eine reinliche Scheidung vorzunehmen, sondern läßt die Misse, die nach verschiedenen Richtungen durch die Partei laufen, ruhig weiter bestehen... Und schließlich erklärt man noch, der Parteitag in Hannover habe ein schönes Bild erbaulicher Einigkeit dargeboten. Mehr Heubel kann man nicht verlangen. Der Streit, ob die Socialdemokratie in einer langsamen Mauerung begriffen ist, ist für ernsthafteste Leute erledigt, mögen die Scharmacher noch so bestärkte Gesichter machen; aber sie wird stets rücksichtslos und extrem die einseitigen Interessen vertreten, und sie wird um so schwerer zu bekämpfen sein, je verständiger sie im übrigen auftritt. Die Lage der übrigen Parteien gestaltet sich damit keineswegs vorteilhafter. Aber als Volk werden wir einen großen Fortschritt gemacht haben, wenn die todpolitischen Schranken und die phantastischen Utopien aus den Köpfen fortgesetzt sein werden und dem hellen Blicklichte der nüchternen, fruchtbaren Gegenwartsarbeit Platz gemacht haben. Denn eine geistige Volkskrankheit kann in kritischen Zeiten zu einer ersten Gefahr werden, ja lebensgefährlich werden. Noch ist die Seuche nicht abgewehrt, noch schreitet sie opferbringend dreibeinig durch das Land; aber schon liegen Anzeichen einer Besserung vor, und in Hannover wagten einige Gemeinde unter dem Loben der Kranken, sich zur Gesundheit zu beleuen.“

Die Seuche, die dreibeinig durch das Land schreitet, ist ein drückendes Bild.

Erreutlicher lesen sich schon die „persönlichen Eindrücke“, die das Blatt über unseren Parteitag veröffentlicht. Wenn die Vorbeurtheile gegen uns nur einmüthig wichtig sind, lassen wie sie und gern gefallen. Selbst dieser Pseudoschreiber kann nicht das unwillkürliche Gefühl unterdrücken, daß unsere Parteitage eigentlich doch imponierende Erscheinungen seien:

„Es lag ganz offen zu Tage, daß die Freunde an der philosophischen Speculation und der vielfach tadellos eleganten Vortragweise diesen Reifall hervorrief. Ebenso unklar war zu erkennen, daß das Verständnis für diese Probleme und die bewickelte Bewertung derselben für die aktuellen tatsächlichen Fragen in erstauulichem Maße sorgfältig war.“

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ muß natürlich sich selbst nun die Erfüllung der Hoffnungen beklagen, die sie vorher geäußert:

„Alles in allem — Bernstein kann mit Hannover zufrieden sein. Zwar will ein Teil der Socialdemokratie noch nicht gerne scheitern, was sie ist, aber das ändert nichts an der Thatsache, daß man recht hat, wenn man sie als „demokratisch-socialistische Reformpartei“ anspricht. Das mag manchem bitteres Herzeleid bereiten, den Staatsräth, die das saure Gebilde des Marxismus unverleert erhalten möchten, andererseits jenen linken Reactionären, denen die „Mauerung“ der Socialdemokratie so gar nicht in ihrem Kram liegt — es nützt alles nichts: die Thatsache besteht und wachsen wird die Zahl derer, die sie anerkennen müssen.“

Wir nehmen also an, daß die „Frankfurter Zeitung“ im Sinne der Resolution Bebel werden wird, wenn sie in ihr den Gedanken einer demokratisch-socialistischen Reformpartei erfüllt sieht.

Genau dieselbe Weisheit giebt die ultramontane „Abnische Volkszeitung“ zum besten:

„Wo die „Vernünftigkeit“ schließlich eiden muß, darüber sind wir keinen Augenblick zweifelhaft. Die Versicherung, man habe an dem socialistischen Endziele fest, macht uns nicht irre. Thatsächlich ist der Glaube an dieses „Endziel“, über das in Hannover ja nicht wenig gelacht und gespottet wurde, im Niedergang begriffen. Bebel's revolutionärer Vorschlag mag für die Scharmacher ja ein „gesundenes Fischen“ sein, wie lassen und damit kein A für ein U vormachen. Gewiß, Bebel glaubt, was er sagt, und die Socialdemokratie ist noch sehr weit davon entfernt, eine radikale sociale Reformpartei und nicht weiter zu sein, aber wir lassen uns nicht anreden, daß sie auf dem Wege zu diesem weniger bedeutenden „Endziele“ ist. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre spricht durchaus für diese Auffassung, und der Parteitag in Hannover kann nur zu ihrer Bestätigung dienen. Aufgehoben werden kann diese Entwicklung allerdings noch, aber nicht durch die Bebel und Liebknecht, sondern nur durch thörichte Vergeßensmaßnahmen im Sinne der Scharmacher.“

Ungeleitet berichtet in einer weiteren Betrachtung die groß-industrielle „Abnisch-Wechselsche Zeitung“:

„Wer ob Wallerstein, ob Loh- und einleiderne Stiefel oder Lackstiefel... unter „Genossen“ ist dies schließlich ganz egal! Sind sie doch thatsächlich nur unter einander vertrieben, aber Ein Herz und Eine Seele in Bezug auf die Revolutionierung der Masse behufs Herbeiführung des Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung. Das ist für uns das Fazit des geistlosen Parteitag's in Hannover.“

Die „Kreuz-Zeitung“, für die das Streben nach Wahrheit ein fremder und komischer Begriff ist, und die nach ihrem eigenen Wesen überall listige Intrigen vermutet, meint:

„Alles in allem halten wir... das Duell Bebel-Bernstein fast für eine wohlüberlegte Komödie, die nur aufgeführt wird, um der Menge der „Genossen“ die Gemüthung zu bereiten, daß man sich mit den „breimenden Fragen“ des Parteiprogramms ernstlich befaßt, und daß die „bürgerliche Welt“ dazu anstehen laßt. Wir untererzürten thun das nicht, weil wir an keinerlei „Mauerung“ der Umsturzpartei glauben, sie in diesem Sinn für völlig entwicklungsunfähig halten. Wer sich „Selbstverwe“ ist, vermag das eben nicht. Seine Absicht kann nur darauf gerichtet sein, sich den jeweiligen Zeitumständen anzupassen, um dem letzten Ziel desto sicherer nachzujagen. Das hat Bebel ja auch ganz unbedungen erklärt, und wenn man diesen Schlüssel hat, läßt sich die Gesamthaltung der Socialdemokratie — von Bebel bis Bernstein — ohne Mühe verstehen. Diese Partei ist die Verkörperung der eifrigsten Selbstsucht, die es je verstanden hat, sich arglose Massen zu unterwerfen und zu Zwecken anzuzwingen, die mit einem Wort nur mit dem Namen des „Widerchrist's“ bezeichnet werden können.“

Die Socialdemokratie ist so wahr eine Partei der eifrigsten Selbstsucht wie die Junterippe eine Partei der heftigsten Selbstlosigkeit ist.

Zum Schluß noch einige Sätze aus dem „Damburgischen Korrespondenten“:

„Wir haben während der letzten Tage wiederholt unser Bedauern über den Verlauf des Parteitag's ausgedrückt. Es versteht sich aber von selbst, daß dieses Bedauern nicht auf die Annahme der Resolution Bebel bezog und beziehen konnte. In der ganzen Welt dürfte es niemand geben, der ernsthaft erwartet hätte, daß die Resolution abgelehnt oder in irgend einem wesentlichen Punkt abgeändert werden würde. So weit sind wir noch lange nicht. Bis die letzten Zweifel an der Vernünftigkeit und Erreichbarkeit des Endziele, die sich in den verständigen und ehrsüchtigen unter den socialdemokratischen Führern zu regen beginnen, so erklärt sind, daß sie auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg den Kampf mit der revolutionär-socialistischen Phrasen annehmen können, darüber wird noch manches Jahr vergehen. Um diese Phrasen und damit die begeisterte Einheitslichkeit und Großmüthigkeit des socialistischen Programms jetzt schon aufzugeben, dazu müßten seine Vertreter nicht nur viel gewissenhafter sein, als sie es thatsächlich sind, sondern auch wesentlich ungeschickter; daß sie gerade jetzt, da die Reichsgefehrung zu einem Schluße gegen die gewerkschaftliche Organisation des Arbeiterstandes andolt und die Socialdemokratie vielleicht heißen Kampfen entgegengeht, selber das Band lösen sollten, daß die Partei zusammenhält, das konnte man wirklich nicht erwarten... Also darauf konnte sich die schmerzliche Verurteilung nicht beziehen; sie galt vielmehr lediglich der schroffen feindseligen Art, wie Bebel seinen Antrag begründete, seiner selbständigen Grundrede, deren radikale Stellen und ohne Zweifel monate- und jahrelang immer wieder begegnen werden, sobald es sich darum

handelt, irgend eine Repressivmaßregel zu empfehlen.

In der Sache selbst, das ist unsere feste Ueberzeugung, hat der jüngste Parteitag der Socialdemokratie nichts geändert. Auch in Hannover ist mit aller Entschiedenheit betont worden, daß niemand auf einen gewaltthätigen Umsturz hinarbeite.“

Wir fügen hinzu, daß auch die „Grundrede“ Bebel's ganz und gar nichts zur Begründung von Repressivmaßregeln bietet, sofern man sie nicht durch das Herausreißen einzelner Stellen aus dem Zusammenhang lösartig entzieht.

Partei-Nachrichten.

Das socialistische Einigungscomitee in Frankreich hat am 12. Oktober einstimmig beschlossen, ein Circular an die politischen Gruppen und socialistischen Syndikate Frankreichs zu senden, worin der allgemeine Kongreß auf den 8. Dezember nach Paris berufen wird. Es ist eine Dauer von fünf Tagen für ihn in Aussicht genommen.

Damit der Kongreß ausschließlich socialistisch sei, müssen die Gruppen, die sich dort vertreten lassen wollen, vorher ihr Einverständnis mit folgender Formel erklären:

Internationale Verständigung und Handeln der Arbeiter, politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats als Klassenpartei zur Eroberung der Macht und Socialisierung der Produktions- und Austauschmittel, d. h. Verwindung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische.

Die Tagesordnung des Kongresses soll folgende sein:

1. Der Klassenkampf und die Eroberung der öffentlichen Gewalt.

a) In welchem Maße kann die Partei in Uebereinstimmung mit dem Princip des Klassenkampfes, der Grundlage der Partei-Organisation, an der Gewalt in der Kommune, der Provinz, dem Staate teilnehmen?

b) Wege und Mittel zur Eroberung der Gewalt. Politische Aktion (Wahlen und revolutionäres Handeln), Wirtschaftliche Aktion (Streiks, Generalstreik, Boykott etc.)

2. Die Haltung, welche die socialistische Partei bei den Streitigkeiten der verschiedenen bürgerlichen Parteien einzunehmen hat.

Kampf gegen den Militarismus, Clericalismus, Antisemitismus, Nationalismus etc.

3. Socialistische Einigung; ihre theoretischen und praktischen Bedingungen.

Vermittlung und Kontrolle der verschiedenen Elemente der Aktion, der Propaganda, der Organisation.

Totenliste der Partei. Ein bewährter, opferfreudiger Genosse, der Reichsminister Friedrich Bölling, ist am Sonntag im Alter von 42 Jahren in Pöde gestorben. Er war Vorsitzender des dortigen Volksbildungsvereins.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung des Reichstags-Abgeordneten Franke wurde am Montag vom Landgericht in Bismarck das Urteil gegen den Redakteur Wolff vom „Volksblatt“, welches in erster Instanz auf 800 M. Geldstrafe lautete, aufgehoben und der Angeklagte nur zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streit der Teppichweber von der Firma Feibisch dauert nun bereits die sechste Woche. Die Situation ist noch ganz die gleiche; Streikbrecher aus den Reihen der Auswärtigen haben sich noch nicht gefunden. Herr Feibisch hat zwar eine Anzahl Arbeiter eingestellt, die aber in vollständig ungenügender Weise arbeiten. Die Arbeiter haben beschlossen, unter keinen Umständen nachzugeben, sie wollen aber auch den Ausbruch des Konfliktes nicht länger abwarten, sondern suchen anderwärts Beschäftigung zu finden. 56 Personen sind schon anderwärts thätig, andere werden demnächst untergebracht werden. Wenn eine Einigung nicht bald doch noch zu stande kommt, verliert Herr Feibisch den alten Stamm seiner Leute vollständig.

Rahbspanner und Träger! Wegen Maßregelung von Kollegen ist über die Firma Schulz, Charlottenburg, Weinbühl, 28, die Sperre verhängt. Zugang ist ferngehalten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung auf den ober-schlesischen Kohlengruben nimmt immer größere Dimensionen an. In einem anonymen Flugblatt werden in ruhiger Weise die Gründe der Lohnforderungen und der Forderung der Arbeitslosen auseinandergesetzt. Allem Anschein nach geht die Bewegung von den Leitern des Deutscher polnisch-katholischen Verbandes aus. In einem Streik ist es noch nicht gekommen; die zehn Gruben heugen durch Lohnherabsetzungen dem Ausbruch eines Aufstandes vor. Der „Katholik“ selbst giebt sich feindliche Wille, vom Streiken abzunehmen, obwohl er wissen muß, daß die ober-schlesischen Bergarbeiter-Organisationen noch nicht stark genug sind, um einen Streik siegreich zu Ende zu führen.

Der Krefelder Färberstreik dauert noch immer fort. Jetzt sind Agenten der Interechnen — namentlich nach Sachsen — unterwegs, um Ersatzkräfte heranzuziehen; hoffentlich werden sie damit keinen Erfolg haben. In einer Versammlung der Auswärtigen wurde beschlossen, das Einigungscomitee anzunehmen. Sollten sich die Firmen ablehnend verhalten, so soll der Gewerbe-Inspektor um Vermittlung angegangen werden. In Sonnborn haben, wie der Krefelder Streikleitung telegraphisch mitgeteilt wurde, die Arbeiter der Firma Vofe die Arbeit eingestellt, weil dort Krefelder Streikarbeit hergestellt werden sollte. Die Streikleitung hatte dieser Tage ein Flugblatt vertheilt, in welchem der Stand des Streiks dargelegt ist. Nach dem Flugblatt hat die Polizei bei dem Verleger und dem Drucker Hausdurchsuchungen gehalten, natürlich ergebnislos. Um den Sieg der Färber zu ermöglichen, muß vor allem der Zugang abgehalten werden.

Leipziger Streikarbeit in Ruhrgebiet. 54 Former der Firma Stöckel u. Schmitz in Wilspe und 18 Former der Firma Kettnerhoff u. Bedeling in Gwelsberg haben gekündigt, weil ihnen angestimmt wurde, Leipziger Streikarbeit zu machen. Die Firma Digmami, Weibel u. Co. in Wilspe hat es vorgezogen, die Leipziger Modelle zurückzuführen. Wahrscheinlich werden sich die Arbeiter der Fabriken von Schandau in Schwelm und Borsum in Gwelsberg der Bewegung anschließen. Die Kündigung läuft am 20. Oktober ab. Eine friedliche Verständigung mit den Fabrikanten scheint leider ausgeschlossen. Der Temper-Fabrikantenverein hat nämlich beschlossen, wenn bei Stöckel u. Schmitz sowie bei den Firmen, wo Kündigungen wegen Leipziger Streikarbeit erfolgt sind, die Arbeiter die Kündigung nicht zurücknehmen, alle Arbeiter, auch die unbetheiligten, anzusperren. Auf die indifferenten und unorganisierten Arbeiter hat dieser Schreck aus eine heilsame Wirkung ausgeübt. Sie lassen sich in großer Zahl in Verband aufnehmen.

70 Arbeiter der Leipziger Musikwerke Adler haben wegen Maßregelungen die Arbeit eingestellt.

Sociales.

Kirchenproletariat. Der allgemeine Organistenverein in der Erzdiözese Köln hat eine Aufnahme über die Lage der Organisten in der Diözese veranstaltet.

Die Statistik stellt fest, daß bei Organisten, die gleichzeitig das Küsternamt bekleiden, das jährliche Einkommen aus beiden Funktionen betrug: in fünf Fällen 85—100, in 25 Fällen 100—200, in 22 Fällen 200—400, in vier Fällen 400—500, in weiteren vier Fällen 500—600 M. Von diesen Leuten bekleiden 64 auch gleichzeitig das Dirigentenamt. Für diese Maßregelung erhielten 53 nicht, einer pro Jahr 10, einer 24, zwei je 30, einer 40, einer 45, einer 49, einer 50, zwei je 60 und einer 75 M. inklusive Heizung, Beleuchtung

und Anschaffungen. Von 25 Organisten, die gleichzeitig ein Lehramt bekleiden, erhielten für erstere Tätigkeit drei ein jährliches Gehalt von 80, zwei je 45, einer 50, neun je 60—100, acht je 100—150, zwei je 150—200 und zwei je 300 M. Von ihnen bekleideten 20 gleichzeitig das Dirigentenamt. Für diese Wahrung erhielten 16 nicht, vier eine Vergütung von je 20, 40, 75 und 105 M. pro Jahr. Von 75 Organisten, die kein Nebenamt bekleiden, erhielten jährliches Gehalt: einer 36, einer 50, drei 60, sechszehn 60—100, fünfzehn 100 bis 200, zwölf 200—300, neun 300—400, zehn 400—500, zwei 600, sieben 600—750, zwei 1350 und 1500 M. Von diesen bekleideten 39 gleichzeitig das Dirigentenamt. Für diese Wahrung erhielten 22 nicht, einer 15, zwei je 30, einer 75, drei je 150, einer 177, einer 250 und einer 400 M. pro Jahr: incl. Lokalmiete, Heizung und Licht.

Verfassungen.

Berliner Gewerkschaftskommission. In der am Montag abgehaltenen Delegiertenversammlung erstattete Millarg den Kassierbericht für die Zeit vom Januar bis 20. Juli 1899. Die Abrechnung schließt mit einer Gesamteinnahme von 46 534,09 M., einer Gesamtausgabe von 49 839,79 M., und einem Bestand von 2694,30 M. Die Ausgaben weisen unter anderen folgende Posten auf: Streit-Unterstützungen an die Streikfelder Weber 25 950,90 M., Steinzeiger in Berlin 6700 M., dänischen Arbeiter 3000 M., Textilarbeiter in Bremen 30 M., Bauarbeiter in Berlin 153 M., Weber in Reichensbach 137,75 M., Stodarbeiter in Berlin (einschl. Darlehn) 850 M. An zwei Bureaubeamte 1167 M. Bureaubehilfe 105 M.

Dem Sekretär Millarg wurde bezüglich der Kassienführung Entlastung erteilt.

Hierauf teilte Duffe mit, daß der zweite Beamte Körtzen seine Stellung im Gewerkschaftsbureau aufgegeben und inzwischen eine Stellung im Bureau der Metallarbeiter angenommen hat, und daß der Ausschuh dem seitherigen Sekretär Millarg gekündigt habe, und zwar aus Gründen, die rein geschäftlicher Natur seien und die Ehrenhaftigkeit Millargs durchaus nicht in Zweifel stellen. Nähere Ausführungen über die Gründe der Kündigung würden, wenn es gewünscht wird, in einer Kommission gegeben werden. Körtzen bemerkte dazu: Er habe sich veranlaßt gefühlt, seine Stellung aufzugeben, weil es seiner Meinung nach nicht richtig war, erst den zweiten Beamten anzustellen und dann über die Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel zu beraten. Das Gewerkschaftsbureau sei von Anfang an schlecht fundiert gewesen. Aus den regelmäßigen Beiträgen konnte bisher nicht einmal der eine Beamte bezahlt werden. Darum sei es nötig gewesen, nach Aufstellung des zweiten Beamten die Beiträge der Gewerkschaften wesentlich zu erhöhen, was begreiflicherweise Befremden erregen mußte. Diese Angelegenheit habe ja schon zum Austritt verschiedener Gewerkschaften Veranlassung gegeben, und wenn, was wahrscheinlich sei, der Beitrag noch über 10 Pf. erhöht werden müßte, würden dieselben noch andere Gewerkschaften auscheiden. Redner habe es daher für das Beste gehalten, durch seinen Rücktritt die frühere Situation und damit den Frieden unter den Berliner Gewerkschaften wieder herzustellen, er meine auch, die Arbeiten könnten von einem Beamten erledigt werden, umso mehr, wenn nach Fertigstellung des Gewerkschaftsbauwes eine bessere Verbindung zwischen den einzelnen Gewerkschaften bestehe. — Diese Angelegenheit rief eine längere Diskussion hervor, an der sich verschiedene Redner beteiligten. Man bedauerte einerseits, daß Körtzen zurückgetreten sei ohne den Schluss der aus Anlaß des zweiten Beamten entstandenen Debatten abzuwarten, andererseits wurde bemerkt, daß die Ansicht Körtzens, die Arbeiten könnten von einem Beamten besorgt werden, nicht zutrafte. Die Gründe, welche seiner Zeit für die Anstellung des zweiten Beamten geltend gemacht wurden, beständen auch heute noch, und an der Geldfrage würde die Sache sicher nicht scheitern, denn die Gewerkschaften, welche der Anstellung zustimmten, würden auch die auf sie entfallenden Beiträge leisten. *)

Mit der Regelung der Bureaubeamtenfrage wurde sodann eine Kommission betraut, die sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Raab, Jahn, Tischendörfer, Döblin, Ritter, Brüdner, Börner, Kiefe, Daffner.

Nunmehr wird in die Beratung über den neuen Abstimmungsmodus eingetreten. Hierzu liegt ein von den Vertretern der Buchdrucker, Holzarbeiter, Metallarbeiter, centralisierten Maurer, Töpfer und Zimmerer gestellter Antrag vor, der im Versammlungsbericht der Nr. 100 des „Vorwärts“ vom 26. August abgedruckt ist.

In dem ersten Absatz dieses Antrages, der von der Zusammenfassung der Gewerkschaftskommission handelt, bemerkt Jahn: In den früheren Bestimmungen siehe, daß Gewerkschaften, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, der Gewerkschaftskommission angehören können. Dieser Passus fehle in dem vorliegenden Antrage, und es scheine dem Redner, als ob die betreffende Bezeichnung mit einer gewissen Absicht fortgelassen worden sei. Massini und Döblin erwidern darauf, die Bezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ sei allerdings mit Absicht weggelassen, weil sie überflüssig sei. Wer für die Verbesserung der Lage der Arbeiter eintrete, der stehe auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Wenn aber mit dieser Bezeichnung angedeutet werden solle, daß die Gewerkschaften oder ihre Mitglieder ein bestimmtes politisches Glaubens-Bekenntnis abzugeben hätten, so sei ein solches Verlangen nicht mit den Interessen der Gewerkschaftsbewegung vereinbar. Die hier in Frage kommenden Gewerkschaften ständen alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und brauche das nicht besonders betont werden. Raab hält die Bezeichnung „moderne Arbeiterbewegung“ deshalb für notwendig, um den Unterschied zwischen den Gewerkschaften, welche den Standpunkt der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und denen, welche eine solche Harmonie nicht als bestehend anerkennen, recht scharf zum Ausdruck zu bringen. Tischendörfer, Knoll und Jahn sind der Meinung, daß weder durch die Weglassung noch durch die Einfügung des Wortes von der modernen Arbeiterbewegung die Berliner Gewerkschaftskommission eine Aenderung ihres bisherigen Charakters erfahren werde. Räter legt ebenfalls kein Gewicht auf die Kommission angeschlossen. Im übrigen sei es nicht angebracht, den Gegensatz, der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung besteht, bei jeder Gelegenheit zu verschärfen. — Ein Antrag, den Say: welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen wieder aufzunehmen, wurde abgelehnt und der erste Teil des ersten Passus der Vorlage unverändert angenommen.

Der zweite Teil des ersten Passus der Vorlage billigt den Gewerkschaften mit bis 300 Mitgliedern 1 Delegierten, bis 1000 Mitgliedern 2 und den größeren Gewerkschaften, entsprechend ihrer Stärke, bis höchstens 6 Delegierte zu. Tischendörfer beantragt, diesen Passus dahin zu ändern, daß auf 500 Mitglieder 1 Delegierter, auf 1000 2, auf 2000 3, auf 3500 4, auf 5500 5 usw. kommen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und auch der zweite Teil des ersten Passus unverändert angenommen.

Ueber den zweiten Passus der Vorlage, welcher für die Unterstützung von Streiks einen besonderen Abstimmungsmodus festsetzt, entspann sich eine längere Debatte. Tischendörfer hält es nicht für angebracht, daß man für die Bewilligung von Streiks einen besonderen Abstimmungsmodus einführe. Die Bestimmung der Vorlage sei hauptsächlich dazu angeht, den kleinen Gewerkschaften auf die betreffende Bezeichnung. Sollten aber einzelne Delegierte meinen, es müsse auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß „revolutionär“ mit den drei „r“ geschrieben wird, dann könne man ja diesen Delegierten den Gefallen thun und den betreffenden Passus, obwohl er ganz überflüssig sei, aufnehmen. Gewerkschaften, welche auf dem Standpunkt der Har-

monie stehen, wie die Reich-Danzwischen, würden sich so wie so gerade in den wichtigsten Angelegenheiten das Mitbestimmungsrecht derart zu beschränken, daß dasselbe illusorisch gemacht werde. Einige Delegierte kleinerer Gewerkschaften schlossen sich diesen Ausführungen an. Große Unruhe rief eine Bemerkung Massinis hervor, welche dahin geht, die Vertreter der großen Gewerkschaften sollten doch erklären, ob sie etwa von der Ablehnung des Streit-Abstimmungsmodus ihr Verhältnis zur Gewerkschaftskommission abhängig machen. Schließlich wurde der zweite Passus der Vorlage in aemertlicher Abstimmung mit 29 gegen 25 Stimmen angenommen. — Hierauf erklärte der Delegierte der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter den Austritt seiner Gewerkschaft.

Ohne Debatte wurde der dritte Passus der Vorlage angenommen die folgenden Bestimmungen aber, welche von der Aufbringung der Gelder der Kommission handeln, bis nach Erledigung der Beamtenfrage zurückgestellt.

Nunmehr berichtet Schauerhammer über den Zustand der Steinarbeiter. Der Streik werde wahrscheinlich in aller nächster Zeit beigelegt werden, jedoch könne infolge der gewerkschaftlichen Verhältnisse nur etwa ein Drittel der Ausständigen sojaleich in Arbeit treten, während die übrigen noch einige Zeit unternütigt werden müssen.

Duffe geht kurz auf den Zustand der Lederarbeiter in Wiltzer ein und appelliert an die Unterstützung der Gewerkschaften, da es sich hier um einen Kampf für die Organisationsfreiheit handele.

Schumann berichtet, die centralisierten Handelskassensarbeiter hätten in letzter Zeit die Lohnbewegung der Kassenkassierer der Kohlenarbeiter und der Mehl- und Getreidekassierer erfolgreich durchgeführt. Das sei ein Zeichen dafür, daß auch die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe sich jetzt für die Verbesserung ihrer Lage rühren.

Dudach teilt mit, daß der Streik der Puzer aus Mangel an Streikenden beendet sei. — Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Es fehlten die Vertreter folgender Gewerkschaften: Bäcker, Bauanschläger, Dachbeder, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Gummaer, Kürschner, Lohdierer, Maurer, Porzellanarbeiter, Schmiede, Schritgieber, Xylographen.

Möbelvolker. Am 9. Oktober tagte die Versammlung der Möbelpolierer, Filiale N. Frau Reich sprach über das Thema: Hat die Frau die Pflicht, für bessere wirtschaftliche Verhältnisse einzutreten? Die Referentin forderte in ihrem Vortrage die anwesenden Frauen auf, sich zu organisieren, damit sie im Kampf ums tägliche Brot nicht von dem Manne als Feind und Lohnbrüder betrachtet würden. Zum Schluß wurden einige Berufs- Angelegenheiten erledigt.

Waldmannslust. Hier tagte am Sonntag, den 15. ds. Mts., eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Gen. Kople sprach über den Parteitag in Hannover. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Den Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Statuten erstattete Genosse Radeke. Nach längerer Debatte wurden die vorgeschlagenen Statuten mit einigen Aenderungen angenommen. Der Verein trägt den Namen: „Socialdemokratischer Wahlverein für Waldmannslust und Umgegend“ und umfosst die Ortsteile: Dalldorf, Zegel, Waldmannslust und Hermsdorf. Mit einem Hoch auf den neuen Verein schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

Der Krieg.

Der Vormarsch der Boeren in Natal dauert fort. Die Engländer haben Dundee nördlich von Ladysmith geräumt. In Ladysmith, das stark besetzt ist, erwarten sie den von Norden und Westen anrückenden Feind.

Ueber die Zusammenstöße auf dem westlichen Kriegsschauplatz bei Mafeking und Kimberley folgende Nachrichten vor:

London, 17. Oktober. Das „Meuterische Bureau“ meldet aus Pretoria vom 14. d. M.: Ein heftiges Gefecht fand heute früh im Norden von Mafeking statt. Ein gepanzerter Zug, der abgelassen war, um die zerstörte Linie wieder herzustellen, eröffnete das Feuer auf Boerentruppen. Ein Boer wurde getötet und zwei verwundet. Die Engländer hatten neun Verwundete. Ein zweites Treffen mit den Truppen des Generals Cronje fand neun Meilen nördlich von Mafeking statt, woselbst die Eisenbahn und eine Brücke zerstört war.

London, 17. Oktober. Nach hier eingetroffenen Privatmeldungen aus Holland sollen die Boeren bereits Mafeking eingenommen und in der dortigen Kirche gestern einen Danagottendienst abgehalten haben. Die Besatzung Mafekings unter Oberst Babin-Bovell soll nur 600 Mann stark gewesen sein. Ob die Besatzung kapituliert hat oder gerettet ist, ist nicht bekannt.

Kapstadt, 17. Oktober. Nach einer Depesche aus Kimberley von gestern geriet ein Panzerzug, der zum Kundschafterdienst nach Spytfontein gefahren war, mit Boeren ins Gefecht. Fünf Personen wurden getötet, 7 verwundet; auf britischer Seite keine Verluste.

Von der Delagoa-Bai. Aus Lissabon wird gemeldet: Auf Veranlassung der englischen Regierung hat Portugal beschossen, die an seine ostafrikanischen Kolonien anstößende Transvaal-Grenze zu verstärken, damit die Boeren nicht verleitet werden, einen Gewaltstreich in jener Gegend auszuführen.

Russische Gefahren?

Aus Petersburg wird der „Intern. Korresp.“ berichtet: Die Haltung der russischen Regierung wird noch einige Wochen eine abwartende sein. An die Besprechungen des Grafen Kurawiew mit den leitenden Staatsmännern Spaniens und Frankreichs wird sich die Konferenz mit dem Grafen Witow anschließen, gleichzeitig mit der Zusammenkunft des Jaren mit dem deutschen Kaiser. Erst dann, d. h. im November, wird man an der Reno seine Entschlüsse treffen. Bis dahin werden auch die Vorgänge in Transvaal erlesen lassen, ob die Boeren tatsächlich über genügende Nachtmittel verfügen, um den Engländern einen längeren Widerstand entgegen zu setzen. — Inzwischen befindet sich das nördliche England bereits in voller Tätigkeit, um die Einbung Englands in Südafrika nach Kräften auszunutzen. In Afghanistan ist gegen die Personen, welche im Verdacht stehen, für England zu arbeiten, eine blutige Verfolgung eingeleitet, und man hofft in Petersburg, daß der Emir sehr bald gegen irgend eine künstlich hervorgerufene Revolution die Intervention Rußlands ansuchen wird. Die Ausstreunungen, daß der Emir geistesgestört sei, nimmt hier niemand ernst. Sie haben augenscheinlich nur den Zweck, die Stimmung für die russische Intervention vorzubereiten. Das Hauptinteresse Rußlands richtet sich dagegen auf die Türkei und Ägypten. Am Bosporus dürfte sich binnen kurzem ein diplomatischer Wettkampf entwickeln, der an die erregten Zeiten der Periode Ignatiev erinnert wird. In den Kreisen der Slavischen Wohlthätigkeitsgesellschaft wird einfach verlangt, der Jar solle dem Sultan ein Ultimatum stellen, um sich zu erklären, ob er ein Schutz- und Trugbündnis mit Rußland eingehen wolle. Geht der Sultan hierauf ein, so übernimmt Rußland die Verantwortung für die Erhaltung des türkischen Reichthums und die vereinigten russisch-türkischen Heere rücken durch Syrien und Palästina in Aegypten ein. Lehnt dagegen der Sultan das Angebot ab, so wird Bulgarien der Türkei den Krieg erklären und Rußland tritt zu dessen Unterstützung ebenfalls in den Kampf. Nach den Berechnungen der Panlawisten würden in diesem Falle die russischen Truppen ebenfalls binnen zwei Monaten an der Grenze Aegyptens stehen. Das Korps der neuen ägyptischen Politik Rußlands zeigt sich augenblicklich bei dem Kampfe um die Neubesezung des griechisch-orthodoxen Patriarchats von Alexandria. Nach einem Bericht der „Wohlthätigkeits-Gesellschaft“

wurden gegen 30 000 Flugblätter nach Aegypten gesandt, welche sich an die griechisch-orthodoxe und griechische Bevölkerung richten und die Verbindung einer unabhängigen orthodoxen Nationalität Ägyptens unter dem Schutze des Jaren empfehlen. Die gleichen Vegetationskrisen waren vor drei bis vier Monaten in syrischer und arabischer Sprache in Syrien und Palästina verbreitet worden. —

Man wird sich thun, diese Ausführungen mit allen Vorbehalt aufzunehmen.

Eröffnung des britischen Parlaments.

Die außerordentliche Sitzung des Parlaments wurde heute eröffnet. Die Thronrede führt aus, durch Ereignisse, welche die Interessen des Reichs aufs tiefste berühren, sei die Königin gezwungen, den Rat und die Hilfe des Parlaments anzurufen. Die Lage der Dinge in Südafrika lasse es zweckdienlich erscheinen, daß die Regierung in den Stand gesetzt werde, die militärischen Streitkräfte durch Einberufung von Reservisten zu vergrößern. Von den durch das Vorgehen der südafrikanischen Republik verursachten Schwierigkeiten abgesehen, sei die Weltlage fortwährend ernstlich. Maßnahmen, durch die für die Ausgaben infolge der Ereignisse in Südafrika Vorsorge getroffen wird, sollen dem Unterhaute vorgelegt werden, Gesetzentwürfe betreffend innere Angelegenheiten sollen bis zur nächsten ordentlichen Sitzung zurückgestellt werden.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Oberhaus-Adressdebatte. Lord Kimberley erklärte, was auch meine Meinung über die Art der Führung der Verhandlungen ist, wie sich ebenso bereit, wie die Regierungspartei, alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Regierung zur Wahrung der Reichsinteressen trifft. Wenn darüber eine Frage bestanden hat, so ist diese gelöst worden durch das außerordentliche Ultimatum Transvaals. Die Regierung hat die einzig mögliche Antwort darauf gegeben. In der Geschichte der Verhandlungen, so fuhr der Redner fort, seien Punkte, auf die man nicht mit Genauigkeit sehen konnte. Redner kritisierte die Veröffentlichung bestimmter Depeschen und sprach sein Bedauern aus über den Ton in Chamberlains Reden, erkannte jedoch die Mäßigkeit und Ruhe in der letzten wichtigen englischen Depesche an. Redner schloß, das Land werde einig sein bei der Gewährung jeglicher Unterstützung für die Regierung zur schnellen und erfolgreichen Beendigung des Krieges. (Weifall.)

Salisbury erklärte, die Regierung von Transvaal habe etwas gethan, was durch keinerlei Provokation von seiten Englands gerechtfertigt werden könnte, wenn je England eine Provokation sich hätte zu schulden kommen lassen: Die Transvaal-Regierung habe eine tollkühne Herausforderung an England gerichtet und die englische Regierung von der Notwendigkeit befreit, dem Lande zu erklären, warum es im Kriegszustande sich befinde. Ob, falls die Herausforderung nicht erfolgt wäre, England sich jetzt nicht im Kriegszustand befände, vermöge er nicht zu sagen. Denn es seien zwischen beiden Regierungen Streitpunkte von größter Bedeutung vorhanden, in welchen die britische Regierung die Verpflichtung habe, zu einem Ziele zu gelangen, das übereinstimmte mit ihrer Pflicht gegenüber den britischen Staatsangehörigen und mit der Sicherung gleicher Rechte für alle weißen Völker in Afrika. Die Regierung habe erst geringe Hoffnung auf einen besseren Ausgang gehabt, aber ganz sei die Hoffnung nicht aufgegeben gewesen. Jetzt indessen sei jede Frage, ob der Friede noch möglich sei, hinweggesetzt durch die eine große Beleidigung, welche der Regierung keinen anderen Weg übrig lasse, Salisbury verweilte hierauf mit Genauigkeit bei der Thatsache, daß, wenn die Lebensinteressen auf dem Spiel stehen, kein Parteinteresse besteht und rechtfertigte die Art der Ausführung der Unterhandlungen mit Transvaal mit den in Südafrika herrschenden besonderen Verhältnissen.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Unterhaus. Gaus und Tribünen sind stark besetzt. Walfour und Chamberlain werden bei ihrem Erscheinen mit Hochrufen begrüßt. In der Adressdebatte erklärt Campbell-Bannermann, wie sei das Haus unter ernstlichen Umständen zusammengetreten. England trete in einen Krieg ein gegen ein verwandtes christlich-protestantisches Volk. Die Verhandlungen mit Transvaal hätten mit einer Vorherrschaft gedeutet, in welcher Forderungen aufgestellt wurden in einer Sprache, welche keine Regierung eines Landes, das Selbstverwaltung besitze, auch nur in Erwägung ziehen könnte.

Er wolle im gegenwärtigen Augenblicke das Vorgehen der Regierung keiner Kritik unterwerfen, er frage aber, warum die Unterhandlungen fehlerhaft seien. Sie seien fehlerhaft, weil die Regierung ein gewagtes Spiel gespielt und ohne Rat und Umsicht die Sugeräneltsfrage aufgerollt habe. Die angriffsweise Vorwärtsbewegung von Truppen habe Verdacht erweckt, während die Diplomatie der Regierung irreführend gewesen sei. Deshalb habe man damit gezögert, neue Vorschläge zu machen? Er wünsche die Versicherung, daß die Begierde, eine frühere militärische Niederlage zu rächen, und das nicht weniger unwürdige Verlangen, die politische Herrschaft der Engländer über die Holländer im Kaplande zu begründen, in der britischen Diplomatie keinen Play habe.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) „Daily News“ zufolge ist der Befehl erteilt worden, Pietermaritzburg und Durban sofort in Verteidigungszustand zu setzen. Diese Meldung hat hier große Verstärkung hervorgerufen, weil dieselbe anzudeuten scheint, daß das Vordringen der Boeren gegen die Küste von der englischen Militärbehörde als bevorstehend erachtet wird.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Ein Telegramm aus Ladysmith meldet, daß die Militärbehörde Befehl erhalten hat, alle Frauen, Kinder und Greise aus der Stadt zu entfernen, weil der Angriff gegen die englische Besatzung bevorstehe. General Louber ist mit seinen Vorposten vor den Thoren der Stadt. — Nach einer Meldung aus Kapstadt besetzen die Boeren alle von ihnen besetzten Punkte in Natal sofort, um sich im Notfall einen ruhigen Rückzug zu sichern.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Ein Telegramm aus Kapstadt bestätigt, daß die Stadt Kimberley von den Boeren besetzt ist.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Ein Telegramm aus Kapstadt meldet, daß der Belagerungszustand über das ganze Kapland bis zum Oranjefluß verhängt wurde.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Es bestätigt sich, daß die Boeren in der Nähe von Mafeking augenblicklich mit den Engländern einen Kampf ausfechten.

London, 17. Oktober. (B. Z. V.) Den Abendblättern zufolge sollen bei Mafeking 300 Boeren und 18 Engländer gefallen sein.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Karlruhe, 17. Oktober. (B. Z. V.) Der Kaiser spendete für den Fonds zur Erbauung eines Schiffe-Deutmals in Sardinien 1000 M.

Wien, 17. Oktober. (B. Z. V.) Die geistlichen Blätter veröffentlichen ein längeres Manifest gegen die Aushebung der Sprachenverordnungen, in welchem das gesamte Gelehrtenvolk zum entschiedenen Widerstande aufgefordert wird.

Wien, 17. Oktober. (B. Z. V.) Heute vormittag fand ein Ministerrat statt, an welchem auch die eingetroffenen ungarischen Minister teilnahmen. Es wurde der Voranschlag für 1900 festgestellt. Die Forderungen des Kriegsministers, betreffend die Erhöhung der Offiziersgehälter, sowie die Einführung der Sammelversicherung wurden angenommen. Dagegen wurde das Marinebudget erheblich reduziert. Die Erhöhung der Adress um die Hälfte wurde beschlossen.

Paris, 17. Oktober. (B. Z. V.) Der „Temps“ erhält ein Telegramm aus Liverpool, wonach die boetige Firma Holt eine Bestätigung erhalten hat, daß im Hinterlande von Kamerun die Watagall revolutioniert haben. Eine deutsche Militärexpedition wurde gegen die Aufständischen ausgesandt. Zahlreiche Faktoreien sind von den Eingeborenen eingeäschert worden.

*) Um jeder Legendenbildung vorzubeugen, wollen wir bemerken, daß die stündig des Gewerkschaftssekretärs Millarg aus rein sachlichen und tatsächlichen Differenzen mit dem Ausschuh erfolgt ist. Die Unterstellung eines hiesigen Vorkommnisses, daß die Differenzen „heißer Natur“ seien, ist eine perfide Verdächtigung.

Jahres-Versammlung des Centralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich.

Hannover, den 16. Oktober 1899.

In der Nachmittags-Sitzung, an der auch Stadtsarzt Dr. Pannwitz, der Leiter des Tuberkulose-Kongresses, aus Berlin, teilnimmt, wird die Debatte eröffnet über den Vortrag des Dr. Friedberg:

Fürsorge für kranke Kassenmitglieder.

Wendlandt-Magdeburg schließt sich den Ausführungen des Referenten an. Soll etwas erreicht werden, so muß die Zersplitterung der Krankenkassen radikal beseitigt werden. (Zustimmung.) Alle Krankheiten, die vorwiegend zur Invalidität führen, müßten sofort der Invalidenversicherung, alle Krankheiten, die aus dem Betriebe herrühren, der Unfallversicherung, alle übrigen der Krankenversicherung überlassen werden. Dann können die Krankenkassen in die Lage, sofort für den Kranken einzutreten.

Preis-Kottbus meint, daß Dr. Friedberg, mit dem er im übrigen ganz einer Meinung ist, denn doch die Simulation unterlasse, die nur durch strenge Durchführung der Krankenkontrolle und durch das System der Vertrauensärzte eingeschränkt werden könne. Redner empfiehlt folgenden Antrag der Vereinigten Orts-Krankenkasse Kottbus:

Die Versammlung wolle beschließen, daß eine Umänderung des § 56a, Absatz 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes, dahingehend angestrebt werde, daß bezüglich der Zahl der Antragsteller ein Unterschied je nach der Größe der Kasse gemacht werde. (Die Zahl der Antragsteller soll der Größe der Kasse prozentual entsprechen.)

Neuenberg-Göttingen polemisiert gegen die Ausführungen des Dr. Friedberg. Solche Sprünge dürften nicht gemacht werden, nur schrittweise seien Verbesserungen vorzunehmen. Die Berufs-genossenschaften benähmen sich lauant (Widerspruch), wenigstens nach seinen langjährigen Erfahrungen in seinem Bezirk.

Kmann-Berlin findet, daß Dr. Friedberg zu sehr als Arzt gesprochen habe und nicht vom Standpunkt des Kassenbeamten. Das gelte vor allem für die Ausführungen des Referenten über die Ausgehigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosigkeit dürfe nicht als Krankheit betrachtet werden; hier könnten nicht die Krankenkassen, hier müsse der Staat helfen. Redner empfiehlt die Centralisation der Krankenkassen; nur dann könne den Mitgliedern plausibel gemacht werden, daß sie höhere Beiträge leisten müßten. Er stellt für die freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl zu Berlin folgenden Antrag:

Dem § 20a Abs. 2 Ziffer 2b ist folgende Fassung zu geben: „Daß die eigentliche Behandlung, die Forderung der Arznei und sonstiger zur Krankenpflege benötigter Heilmittel, die Kur und Verpflegung nur durch bestimmte Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Lieferanten von Heilmitteln und anderer Bedürfnisse der Krankenpflege zu gewähren sind.“

Dähne-Berlin (Arbeitervertreter im Reichs-Versicherungsamt) ist mit der Ueberweisung der Kranken an Krankenhäuser einverstanden, verlangt aber von den Kommunen und vom Staate, daß für bessere Krankenhäuser gesorgt werde. Die Mißstände in der Charité in Berlin wurden erst jetzt beseitigt, nachdem eine Art Hofhof dieses Krankenhauses durch die Krankenkassen vorangegangen sei. — Wenn Arbeitslosigkeit und Elend auch als Krankheit betrachtet werden sollten, dann gehe das über die Ausgaben der Krankenkassen hinaus. — Das Krankengeld sei in der That zu niedrig, und zwar deshalb, weil die ortsüblichen Tagelöhne zu niedrig festgesetzt seien, in einigen Orten für industrielle Arbeiter zum Beispiel nur eine Mark. Der § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist dahin zu ändern, daß Krankenkassen-Verbände ohne Einwilligung der Kommunalbehörden sich bilden dürfen. Die Berufs-genossenschaften handeln mit einigen Ausnahmen bei der Herabsetzung der Renten sehr rigoros. Es seien Fälle vorgekommen, wo die Rente viermal im Laufe eines Jahres herabgesetzt worden sei. Der fiskalische Standpunkt der Berufs-genossenschaften zeige sich auch in den Rentenquoten. (Lebhafte Zustimmung.)

Regierungsrat Klein meint, daß Herr Dähne die Berufs-genossenschaften zu schwarz gemalt habe. (Widerspruch.) Es komme ja vor, daß in einem Jahre mehrere Rentenherabsetzungen vorgenommen würden, aber in jedem markanten Falle, oder wenn die Fälle sich häuften, greife das Reichs-Versicherungsamt ein und weise auf die Unzumutbarkeit eines solchen Verfahrens hin. Es sei zu hoffen, daß es mit der Zeit zu einer mildernden Praxis der Berufs-genossenschaften kommen werde. Ebenso lasse das Reichs-Versicherungsamt, wie Herr Dähne wissen müsse, bei den sog. Rentenquoten Remeubert eintreten. Es sei immer zu berücksichtigen, daß nach Lage der Gesetzgebung nicht die Erwerbsmöglichkeit, sondern die Erwerbsfähigkeit in Betracht komme.

Sofschademeister Sieckhöf-Weimar meint, daß es Schuld der Ärzte sei, wenn die Renten von den Berufs-genossenschaften zu niedrig bemessen würden.

Fischer-Weimar: Die schablonenmäßige Einteilung der Verletzungen durch die Berufs-genossenschaften (ein Finger = 5 Proz. verminderter Erwerbsfähigkeit etc.), nicht die Ärzte tragen die Schuld. (Zustimmung.)

Fiedler-Kürnberg schildert die Mißstände im Krankenversicherungs-wesen in Nürnberg, das der freisinnige Magistrat zu einem social-politischen Komitee gemacht habe. (Große Heiterkeit.) Die Arbeiter würden in die Gemeindeversicherung gedrängt, wo ihnen die social-politischen Ehrenrechte genommen seien. Der Nürnberger Magistrat kümmere sich wenig um die Befehle des Reichstages und mache die Einführung der fünften Lohnklasse im neuen Invalidengesetz durch zu niedrige Bemessung des ortsüblichen Tagelohnes für Nürnberg illusorisch.

Günther-Berlin verweist auf die Prognose des Dr. Landmann und empfiehlt, im nächsten Jahre den Apothekern zu Leibe zu gehen. (Beifall.)

Vorsitzender Apotheker Zielmeier erklärt, daß die Berechnungen des Dr. Landmann für Leipzig nicht stimmten, weil dort auf Schwabes und seine Anrede die Apotheker mit den Krankenkassen Verträge abgeschlossen hätten, die es ausschließen, daß die Orts-Krankenkassen mehr bezahlen müßten als Privatsleute. Daß die Krankenkassen Forderungen an die Apotheker stellten, sei ihnen nicht zu verdenken. Die Herren können es thun, wenn sie nur wollen. (Bravo.)

Cohn-Berlin vertritt warm den Standpunkt des Referenten. Damit schließt die Diskussion. Folgende

Anträge zum Kranken-Versicherungsgesetz

- werden angenommen:
§ 1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Dienstboten, Kanalegehilfen, Ausschiffsbdiener. Die Fassung in gleicher Weise wie diejenige des § 1 des Invaliditätsgesetzes ist wünschenswert.
§ 6. Ausdehnung der Krankenunterstützung von 13 auf 28 Wochen als gesetzliche Mindestleistung.
§ 20 Abs. 2. Der durchschnittliche Tagelohn einer Klasse darf nicht über den Betrag von 6 M. festgesetzt werden.
§ 20 Abs. 3. Die Frist für die Gewährung von Sterbegeldern vom Ablauf der Krankenunterstützungszeit bis zum Tode dürfe auf zwei Jahre ausgedehnt sein.
§ 20a Abs. 2 Ziffer 2. Streichung der gesetzlichen Bestimmung, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung einer Krankenunterstützung ausgeschlossen werden kann.

§ 20a Abs. 2 Ziffer 2b. Die ärztliche Behandlung, die Forderung der Arznei und sonstigen zur Krankenpflege benötigten Heilmittel, die Kur und Verpflegung sind nur durch bestimmte Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Lieferanten von Heilmitteln usw. zu gewähren.

§ 46 Abs. 1 soll lauten: Sämtliche oder mehrere Gemeinde-Krankenversicherungen oder Orts-Krankenkassen usw.

§ 46 Abs. 2 die Worte: „Von der höheren Verwaltungsbehörde . . . zu genehmigen“ zu streichen.

§ 54 a. Hinter den Worten: „Dauer der Krankenunterstützung“ sind die Worte „oder während des Bezugs der Wöchnerinnen-Unterstützung . . . Beiträge nicht entrichtet“ einzufügen.

§ 56a Abs. 1. Je nach der Größe der Kasse soll die Zahl der Antragsteller prozentual bemessen werden.

In seinem Schlusssatz weist Dr. Friedberg die Angriffe, die sein Referat erfahren hat, zurück und hebt hervor, daß er auch nicht glaube, daß sich alle seine Wünsche von heute auf morgen verwirklichen ließen. Es handle sich um die Feststellung der Tendenz bei der Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Dem Vorstande Leipzig des Centralverbandes der Orts-Krankenkassen Deutschlands wird der Auftrag erteilt, das gesamte Material zur Reform der Krankenversicherung zu sammeln und dem Reichstages und Bundesrat für die kommende Novelle zur Verfügung zu stellen. — Ein Antrag, die Berliner Centralkommission mit dieser Aufgabe zu betrauen, war in der Minderheit geblieben.

Es wird mitgeteilt, daß auf dem Kongress 56 Kassen mit 1 113 202 Mitgliedern durch 101 Delegierte vertreten sind.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

„Die Beziehungen zwischen Krankenkasse und Arbeitsnachweis.“

Referent ist Herr Dr. Jastrów-Charlottenburg: Zwischen der Vermeidung der ärztlichen Behandlung und der vollen Gesundheit des Erkrankten steht ein Zwischenraum der Melonvalescenz. Daraus hat sich die Melonvalescenzentpflege entwickelt. Aber auch der Arbeiter, der vollständig geheilt ist, ist auf dem Arbeitsmarkt noch in einer Ausnahmelage. Auf dem Arbeitsmarkt wird nicht der, der krank gewesen ist, bevorzugt, sondern der nie krank Gewordene. Die Arbeitsbeschaffung aber gehört bei nervösen Krankheiten z. B. mit zur Heilung. So ist es dem kein Zufall, wenn die Stadt, die am frühesten Melonvalescenzentfürsorge getroffen hat, auch zuerst für die Beschäftigung der voll geheilten Arbeiter zu sorgen beginnt: Leipzig. Der Fürsorgeverein für Melonvalescenz hat die Arbeitsvermittlung in großem Umfange versucht, leider bisher mit sehr geringem Erfolge. Schließlich hat sich der Verein mit der Armenpflege in Verbindung gesetzt. Die Zusucht zur Armenpflege ist immer ein Armutsgewinn für die bestehende Verwaltung, es ist ein völliges Verlernen aller Aufgaben des Arbeitsnachweises, der ein Bestandteil der gewerkschaftlichen Verwaltung sein sollte. Auch die Volkshilfe des Vereins vom Roten Kreuz hat einen Arbeitsnachweis für Melonvalescenz eingerichtet und soll Erfolg gehabt haben. Die Arbeitsbeschaffung für krank Gewesene hat ein wichtiges Analogon in den besonderen Arbeitsnachweisen für entlassene Strafgefangene. Wenn wir dies für entlassene Straflinge thun, mit welchem Rechte können wir solche Einrichtungen denen verweigern, die ohne eigenes Verschulden bloß durch Erkrankung in Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gekommen sind? (Lebhafte Zustimmung.) Es besteht daher die Notwendigkeit, besondere Arbeitsvermittlungen für krank Gewesene zu treffen. Es wird eingeworfen, man solle nicht sentimental sein, sondern es wirtschaftlich für besser erachten, wenn nur kräftige Arbeiter übrig bleiben. Es ist falsch, einem solchen Idol von Volkswirtschaft nachzugehen, das von dem Gedanken beherrscht ist, es gebe zu viel Menschen. Die Beobachtungen des Arbeitsmarktes ergaben das Gegenteil. Der größte Schatz eines Landes sind Menschen, die arbeiten können. Wir haben nicht zu viel Menschen in Deutschland, das zeigt der Arbeitermangel auf dem Lande; er ist kein Ausnahmezustand. In dem ungeheuren Beden des Arbeitsmarktes, wo die Menschennassen hin und her fluten, kann nicht dauernd Ueberfluß an der einen und Mangel an der anderen Stelle herrschen. Wir haben aber auch Arbeitermangel im Bergbau, in der Metallindustrie. In den verschiedensten Arbeitszweigen herrscht Arbeitermangel, so daß die Unternehmer mit Freuden auch körperlich schwächere Arbeiter anwenden. Die Krankenkassen sollten mit ihrer Autorität zunächst eintreten für die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise überall da, wo sie noch nicht bestehen. Je enghalsiger das Netz der Arbeitsnachweise wird, desto mehr Stellen werden auch ein, minder qualifizierten Arbeitern Stellen zu verschaffen. — Die allerbeste Art, gegen Krankheit anzukämpfen, ist die Vorbeugung, und zu den hervorragendsten Mitteln der Vorbeugung gehört auch die Arbeitsversicherung. Insofern sind die Krankenkassen sehr an der Frage der Arbeitsvermittlung interessiert. Die Krankenkassen-Verwaltungen können mit am besten den Arbeitsmarkt aus den Mitgliederzahlen überblicken. Sie sind die natürlichen Centralstellen für die Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes. Sie sollten dazu aber nicht am Ende des Jahres, sondern schon monatlich die Mitgliederzahlen feststellen. Gut wäre es, wenn Arbeitsnachweise und Krankenkassen in demselben Gebäude untergebracht würden. Es handelt sich hier nicht um himmelstürmende Reformen, aber auch keine Verbesserungen sind hier von großem Werte. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Oberstadtsarzt Dr. Pannwitz erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden. Als Leiter des Lungenheilstättenwesens wisse er, wie schwer es oft sei, Melonvalescenz wieder der Arbeit zuzuführen. Woher habe man immer nur an das gute Herz verständiger Arbeitgeber appellieren müssen, den Inassen von Lungenheilstätten die Arbeitsstelle offen zu halten. Vielfach habe man versucht, den Lungenkranken in der Heilstätte eine andere Arbeit lernen zu lassen. Vielleicht werde es auch möglich sein, Arbeiter zur gesunden ländlichen Thätigkeit zurückzuführen. Er wolle sich aber nach der Richtung sehr vorzüglich ausdrücken. Ländliche Betriebe der Heilstätten seien schon eingerichtet worden.

Wendlandt-Magdeburg wendet sich gegen Herrn Pannwitz. Die Krankenkassen könnten sich nicht dazu hergeben, der Leutenot auf dem Lande abzuhelfen, die nur aus den dort gezahlten Hungerlöhnen resultiere. Er halte auch nicht viel von den öffentlichen Arbeitsnachweisen. Der Arbeitsnachweis müsse den Arbeitern gehören, deshalb sei er für eine Angliederung der Krankenkassen an die Gewerkschaften. Im neuen Gewerkschaftshaus in Berlin komme dieser Gedanke zum Ausdruck. (Zustimmung.)

Dr. Friedberg-Berlin: Vieles in dem Vortrage Doktor Jastróws sei dankenswert gewesen, aber vieles sei auch bedenklich. Die minderwertigen krank Gewesenen Leute könnten von den Arbeitsnachweisen leicht zur Lohnrückerlei benutzt werden. Das Proletariat könne solche Palliativmittel nicht gutheißen, sein Bestreben gehe dahin, eine ganz neue Grundlage im Staatswesen für die Stellung des Arbeiters zu schaffen.

Reißberg-Hamburg ist mit Jastrów in den Hauptpunkten einverstanden. Aber die öffentlichen Arbeitsnachweise vermittelten jetzt auch Arbeitskräfte nach dem Lande. Für den Industriearbeiter sei der Nachweis der Gewerkschaften maßgebend, und für die Hebung der Gewerkschaften müsse die ganze Kraft eingesetzt werden.

Seemann-Hannover: Die Angliederung der Kassen an die Arbeitsnachweise würde nur der Bestechung der Rendanten Thür und Thor öffnen. (Widerspruch.)

Kaufmann-Horburg: Die Vorredner hätten sich unnötig erhit, wohl weil sie Herrn Jastróws nicht ganz richtig verstanden haben. Die Aufrollung der Frage, was thun wir für unsere Melonvalescenz, sei sehr berechtigt. Es frage sich nur, ob Dr. Jastrów

den richtigen Weg gezeigt habe. Die Besorgung der Lohnrückerlei bestehe nun allerdings bei den Vorschlägen des Herrn Dr. Jastrów, und er meine, es sei besser, auf eine Organisation der Arbeitslosen-Unterstützung hinzuwirken.

Gräf-Frankfurt ist auch der Meinung, daß Dr. Jastrów nicht von allen verstanden worden sei. Die Frage der Angliederung der Kassen sei noch nicht sprachreif. Die Versammlung solle nicht beschließen, daß die Krankenkassen Arbeitsnachweise errichten, aber es sei den Kassen zu empfehlen, der Arbeitsvermittlung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Simonowksi-Berlin wendet sich gegen Dr. Jastrów. Reint zielbewusster Arbeiter könne sich mit agrarischen Vorschlägen einverstanden erklären.

Sogrefe-Hannover meint, Herr Dr. Jastrów habe nur um statistisches Material gebeten, dieses könne man ihm ruhig geben. Die Diskussion wird geschlossen.

In seinem Schlusssatz erklärt Dr. Jastrów einige Mißverständnisse auf. Er habe über die Organisation der Arbeitsnachweise, ob kommunal oder gewerkschaftlich, gar nicht gesprochen, ebenso wenig habe er die Abziehung der Arbeiter aufs Land empfohlen. Ueber diese Frage habe sich Dr. Pannwitz ausgelassen. Auch einen Lohnrunder wolle er nicht herbeiführen. Der Lohnrunder resultiere aus der Desorganisation des Arbeitsnachweises. Um große politische Gesichtspunkte hervorzuführen, sei das Thema nicht angehtan. Er sei auch für große Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse, deshalb achte er aber auch die kleinen Mittel nicht gering.

Die Versammlung nimmt hierauf eine Resolution an, der Einrichtung von Arbeitsnachweisen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und empfiehlt den Kassen, der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ allmonatlich das nötige statistische Material zugehen zu lassen.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag früh verlag.

Verichtigung. Den Verhandlungen wohnte nicht der socialdemokratische Abgeordnete Horn, sondern der nationalliberale Abgeordnete Horn-Geslar bei.

Hannover, 16. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag.

Heute erklärte Direktor Hhlmann-Leipzig zunächst die durch die Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend bearbeiteten und im Saale ausgestellten graphischen Darstellungen.

Es sind 11 Tableaus ausgestellt. Das erste giebt eine Uebersicht über die Krankenversicherung des Deutschen Reiches im Jahre 1896, nach Art und Zahl der Kassen und der Versicherten. Es waren vorhanden: 566 Zununungs-Krankenkassen = 2,5 Prozent; 1410 Eingeführte Hilfskassen = 6,4 Prozent; 4523 Orts-Krankenkassen = 20,5 Proz.; 6796 Betriebs-Krankenkassen = 30,7 Proz., und 8450 Gemeinde-Krankenkassen = 38,2 Proz. Hierzu kommen noch die Bau-Krankenkassen und die landesrechtlichen Hilfskassen. Der Zahl der Mitglieder nach aber stehen die Orts-Krankenkassen an der Spitze; sie hatten 1896 3 478 370 Mitglieder = 45,2 Proz.; die Betriebs-Krankenkassen hatten 2 081 377 Mitglieder = 28,8 Proz.; die Gemeinde-Krankenkassen hatten 1 266 870 Mitglieder = 16,5 Proz.; die freien Hilfskassen 700 451 Mitglieder = 9,1 Proz., und die Zununungs-Krankenkassen 17 906 Mitglieder = 1,5 Proz.

Es folgen Tableaus, die die Ausbreitung der Orts-Krankenkasse Leipzig, die Zahl der Ärzte, Vertrauensmänner veranschaulichen, ebenso ihre Mitgliederbewegung, ihre Einnahmen und Ausgaben, die Beitragsklassen und die Dauer der Krankheit. Hieran schließen sich Tableaus über die Erkrankungen nach Wochen und Monaten und über die Ausgaben im prozentualen Verhältnis zu den Gesamtausgaben.

An die Erläuterung dieser Tableaus schloß derselbe Redner einen Bericht über die beabsichtigte Verarbeitung des Personalstatistik-Materials der Orts-Krankenkasse für Leipzig durch das Statistische Amt zu Berlin. Diese Verarbeitung wird eine Uebersicht über die Erkrankungsgesamtheit in den einzelnen Industriebranchen bieten und die Grundlage zu Vorschriften über die Verhütung von Krankheiten und zur Ausdehnung der Krankenversicherung liefern.

Im Anschluß hieran teilte Herr Direktor Hhlmann mit, daß der Anstellungsraum, der auf der kommenden Pariser Weltausstellung der Deutschen Socialpolitik eingeräumt war, von 300 auf 200 Quadratmeter gelürzt worden sei, und stellte folgenden Antrag, der debattelos angenommen wurde:

Der Verband der Orts-Krankenkassen begrüßt eine etwa im absehbarer Zeit geplante Sonderausstellung in Berlin für die Arbeiterversicherung Deutschlands mit Freuden und würde geneigt sein, sich praktisch zu beteiligen.

Es werden nun noch einige Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes, die von den einzelnen Orts-Krankenkassen-Verwaltungen gestellt sind, verhandelt.

Ein Antrag Stuttgart, die Widersprüche, welche sich im § 57a des Gesetzes zwischen dem Absatz 1 und 4 finden (über die Erstattung der Kosten bei Ueberschreitungen von Mitgliedern), im zukünftigen Krankenkassen-Gesetz zu beseitigen, wird angenommen.

Im Namen der Centralkommission der Berliner Krankenkassen beschwor Dr. Simonowksi-Berlin den Antrag:

Die Orts-Krankenkassen sollen Vereinbarungen treffen können, daß denjenigen Mitgliedern, welche bis zu ihrem Eintritt mindestens 13 Wochen ununterbrochen zahlendes Mitglied einer der sich auf Gegenseitigkeit verpflichtenden Orts-Krankenkassen waren und hierfür den Nachweis beibringen, vorgenannte 13 Wochen als zu der diesseitigen Kasse gehörig in Anrechnung gebracht werden.

Der Antrag wird nach längerer Debatte angenommen.

Schließlich wird noch ein Antrag Cottbus angenommen, den § 60 Abs. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes dahin abzuändern, daß Betriebs-Krankenkassen von den Arbeitgebern nur mit Zustimmung (geheimer Abstimmung) von mindestens 2/3 der in Frage kommenden Versicherten gegründet werden können. In einer Resolution dazu wird gesagt, der Antrag sei geeignet, ein Mittel für die allmähliche gänzliche Beseitigung der Betriebsklassen zu bilden. Auch diese Resolution findet Zustimmung.

Ueber die Beschlüsse des Deutschen Kerztages spricht hierauf Bureauvorstand Gesse-Dresden. Er beantragt folgende Resolution:

„Der hohe Reichstag wolle dem auf geschliche Festlegung der freien Kerztwahl und Honorierung der ärztlichen Einzelleistung gerichteten Bestreben des Deutschen Kerztages seine Genehmigung verlag.“

Der Redner begründete die Resolution mit dem bekannten Verlangen des Kerztages, die freie Kerztwahl gesetzlich festzulegen.

In der Diskussion erklärten sich Dähne-Berlin und Gräf-Frankfurt im Princip für freie Kerztwahl, aber gegen geschliche Festlegung, da die Krankenkassen nicht dazu da seien, die Ständesinteressen der Kerzte zu regeln.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Würg-Stuttgart beschwor die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium an sämtlichen Landes-Universitäten, sowie die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Beruf im Interesse der vielen in den Krankenkassen befindlichen weiblichen Personen.

In Verbindung damit steht ein Antrag der Ortsklasse Warmen: Bei dem Bundesrat vorstellig zu werden, möglichst bald die Verhandlung der Frage betreffs Anstellung von im Ausland approbierten Kerztinnen als Kassenärztinnen für das Reichsgebiet herbeizuführen.

Die Anträge werden angenommen. Von den Beschlüssen soll dem Bundesrat wie dem Reichstag Mitteilung gemacht werden.

Im Auftrage der Freien Vereinigung der Klassen mit freier Wahl in Berlin beschwor die Dähne-Verein zwei Anträge zum Unfallversicherungs-Gesetz:

Der § 55 Abs. 1 soll folgende Fassung erhalten: „Dem Verdolmüchtigten der Klassenliste, welcher an der Untersuchung des Unfalles teilgenommen hat, wird unter Zugrundelegung des am Orte für seinen Beruf üblichen Tagelohnes, für den halben Tag die Hälfte und für längere Zeit das Volle des Lohnesages als Entschädigung gewährt.“

Von der Ortspolizeibehörde ist die stattgefundenen Wahrnehmung des Termins zu beschleunigen.

Anßerdem sollen in § 58 Absatz 2 des Unfallversicherungs-Gesetzes — „Sind versicherte Personen in Folge des Unfalles körperlich verletzt, so ist sobald als möglich die ihnen zu gewährenden Entschädigung festzustellen — die Worte: „so ist so bald als möglich“, durch die Worte: „so ist von der fünften bis zum Ablauf der dreizehnten Woche die ihnen zu gewährenden Entschädigung festzustellen“, ersetzt werden.

Die Anträge werden gegen den Widerspruch des Hofstadtermeisters Gieseler angenommen.

Als Ort für die nächste Jahresversammlung wird Nürnberg gewählt. Aus der Debatte ergibt sich, daß Nürnberg deshalb gewählt ist, um auf die ständischen Verhältnisse in Bayern einzugehen. Es wird der Wunsch ausgesprochen, den freisinnigen Magistrat von Nürnberg in die Versammlung zu bringen, um ihn von seiner Feindseligkeit gegen die Ortsklassen zu heilen.

Eine weitere Anzahl Anträge behandelt eine Reihe interner organisatorischer Fragen, vor allem das Vorgehen gegen meldeamtliche Arbeiter.

Mit den üblichen Dankreden schließen die Verhandlungen.

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Zweiter Tag.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Denso, eröffnet die Sitzung um 9 Uhr, wobei er die Hofnung ausdrückt, daß die Beweisaufnahme heute zu Ende gelangen wird. — Die ersten heute vernommenen Zeugen werden über die Vorgänge im Victoria-Hotel vernommen. Rechtsanwältin v. Schrader ist zugegen gewesen, als im Victoria-Hotel der Vorfall mit Herrn v. Schrader sich ereignete, bei welchem nach dem Weggange des letzteren mehr Karten im Spiel vorgefunden, als vorhanden sein dürften. Der Zeuge ist auch in Leipzig gewesen und hat dort mit Levin und Marx gespielt. Er will bestimmt beobachtet haben, daß Marx die Aufmerksamkeit der Mitspieler durch Gespräche abzuwenden suchte und dann die Karten mit großer Fingerfertigkeit so mischte, daß immer große Schläge hinter einander für ihn erfolgten. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Schwindt erklärt der Zeuge, daß v. Schrader an dem Abend, als der Vorfall mit v. Schrader passierte, nicht im Victoria-Hotel anwesend war und daß v. Schrader im Centralhotel einmal eine sehr unglückliche Part hatte.

Verdächtige Spieler.

Von Dr. Kornblum will der Zeuge nicht viel wissen: Dieser sei ihm sehr unsympathisch gewesen, obgleich er leider ein Verwandter von ihm sei. Er habe einmal Herrn Kornblum wegen einer großen Forderung eine Pistolenforderung zugestellt, Kornblum habe aber darauf nicht reagiert und dieser Vorfall habe mit dazu beigetragen, daß man den Wunsch hatte, einen Circle ohne Teilnahme K's zu bilden. — Der Bruder dieses Zeugen, Fabrikbesitzer v. Sch., tritt seinem Bruder in dieser Charakteristik Kornblums bei. Kornblum sei ein Mensch, den man lieber nicht kennt. Er bestätigt weiter, daß ihm sein Bruder seiner Zeit in Leipzig seine Beobachtungen über das Spiel des Marx mitgeteilt hat. Auch bei dem Vorfall mit Herrn v. Schrader ist der Zeuge anwesend gewesen.

Wie der Offizier v. Schrader spielte.

Er hat gesehen, daß v. Schrader, der damals noch aktiver Offizier war, die Karten einmal unter den Tisch hielt. Er hat dagegen protestiert und später mit festgestellt, daß mehr Karten vorhanden waren, als sein dürften. Eine Schlussfolgerung will der Zeuge seinerseits hieraus nicht ziehen. Die Behauptung v. Kayfers, daß er (Kayser) im Victoria-Hotel viel beobachtet, wird durch den Zeugen bestätigt, er sagt daselbe von dem Angeklagten v. Kröcher aus.

Ein als Zeuge vernommener Corpsbruder des Angeklagten v. Kröcher behauptet, daß das Corps ihm trotz des gegen ihn eröffneten Strafverfahrens das Band gelassen und an ihn einige freundschaftliche Zeilen in das Untersuchungsgefängnis gerichtet hat.

Der anonyme Geldverleiher.

Der Zeuge Gutschewitsch Drätiner ist mit dem Angeklagten v. Schachtmeier seit langer Zeit bekannt und giebt diesem das beste Zeugnis. Von der Anklage wird hervorgehoben, daß als der Zeuge einmal vorübergehend in Verlegenheit war und eine größere Geldsumme brauchte, v. Kröcher ihm angeboten hat, ihm das Geld durch einen ihm bekannten Herrn zu beschaffen. Die Vermutung, daß Wolff dieser Herr gewesen sein könnte, wird vom Zeugen verneint. Den Wunsch, den Namen des betr. Herrn zu nennen, erklärt v. Kröcher nicht erfüllen zu können, da er nicht zum Angeklagten werden wolle. Es handle sich um einen Herrn, der „in der Gesellschaft“ verkehre, sehr elegant aufträte, sich wie ein Cavalier betrage, aber „hinten r'um“ Geldgeschäfte machen solle. — Oberstaatsanwalt: Wie genügt es, daß nach der Bekundung des Zeugen der p. Wolff dieser Mann nicht gewesen ist. — Zeuge Drätiner behauptet weiter, daß der Jahresetat des Angeklagten v. Kröcher seiner Zeit von den Bekannten auf 30 000 M. geschätzt wurde.

Die Drohung mit dem Bezirkskommando.

Längere Zeit beansprucht die Vernehmung des Kaufmanns und Reserveleutnants Linckmann. Es handelt sich bei ihm im wesentlichen darum, festzustellen, ob er durch v. Kröcher, dem er aus dem Spiel 5000 M. schuldet, besonders bedrängt und ihm mit einer Anzeige bei dem Bezirkskommando gedroht worden sei. Die 5000 M. stehen heute noch unbefriedigt offen, wie der Zeuge sagt, weil inzwischen das Strafverfahren eingeleitet und v. Kröcher verhaftet worden sei. Der Zeuge bestreitet, je gesagt zu haben, daß v. Kröcher „der Schleppe für Wolff“ gewesen sei. Aus einer zur Verlesung gebrachten reichen Korrespondenz, die zwischen dem Angekl. v. Kröcher und dem Zeugen über die Begleichung der Spielschuld gewechselt worden ist, geht hervor, daß v. Kröcher sich auch an den Vater des Zeugen gewandt und dadurch dessen starken Unmut hervorgerufen hat. v. Kröcher erklärt, daß dies nur geschrieben sei, um die Adresse des Zeugen von dem Vater zu erfahren. Auch hat er sich an den Adjutanten in kameradschaftlicher Form gewandt und von diesem ist ihm anheimgestellt worden, sich an den Kommandeur zu wenden, wobei er nicht vergessen solle, daß er dann aber selbst wegen Spielens Unannehmlichkeiten haben würde. v. Kröcher hat den Schritt zum Bezirkskommando nicht getan. — Rechtsanwältin Dr. Sello: Die Verteidigung muß sich vorbehalten, einen ganz bestimmten Namen zu vorguladen, der einem Offizier so nachdrücklich mit dem Bezirkskommando gedroht hat, daß dieser ihn einen „rücksichtslosen Kunden“ genannt. — Der Oberstaatsanwalt hält diese Beweisaufnahme für unerheblich, weil es sich hier nicht darum handelt, was Dritte getan haben. — Dr. Schachtel: Wenn 200 daselbe thun, so kann man doch nicht drei herausgreifen und ihnen zum Vorwurf machen, was alle übrigen auch thun.

Marquis oder Marquise?

Auf Wunsch des Angekl. v. Kröcher äußert sich der Zeuge v. Meccum noch über den Baron v. Gall, der so ungeheure Summen im Klub verloren haben soll. Der Zeuge hat Herrn v. Gall in Ostende kennen gelernt und ihn hier selbst in dem Klub eingeführt. Er hat in Ostende selbst eine große Summe an Herrn v. Gall verloren, ebenso ein anderer Herr, und v. Gall hat hier

jedenfalls nicht mehr verloren, als er dort gewonnen hat. Herr v. Gall sei von einem Marquis de Charecoand begleitet gewesen; doch ging das Gerücht, daß dies gar kein Marquis, sondern ein Parleur gewesen sei, mit dem er herum reiste. Gerüchtweise sei später auch erzählt worden, daß Herr v. Gall gar kein Baron, sondern nur ein Herr Gall sei; er soll einmal einem Oberkellner das Anerbieten gemacht haben, mit ihm mit einem Roulette Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu bereisen, der Oberkellner habe aber verlangt, daß auf der österreichischen Wochenschrift erst der Nachweis erbracht würde, daß er wirklich der Baron v. Gall sei und dann sei v. Gall weiter gereist. Jedenfalls sei v. Gall ein außerordentlich ertragreicher Spieler gewesen, der von Spielort zu Spielort reiste und sich mit Stolz den „roi des joueurs“ nennen ließ. Er hatte immer viel Geld bei sich und spielte nur bar. — Rechtsanwältin Dr. Schachtel: Herr v. Mantuffel hat ja das Decretat über die Spieler. Ist ihm von Herrn v. Gall etwas bekannt gewesen? — v. Mantuffel: Nein.

Im „Großen Monarchen“ zu Aachen.

Es folgt die Vernehmung des Zeugen Simon, welcher Geschäftsführer in dem Hotel „Großer Monarch“ in Aachen war, in dem Herr v. Schrader und der Angeklagte v. Kröcher wohnten. Es habe sich in dem Zimmer ein Roulette und eine grüne Wachtstuhdecke mit großen schwarzen Zahlen befunden, ebenso eine Anzahl Spiele Karten, aber wer diese Gegenstände mitgebracht hat, weiß der Zeuge auch nicht. Zu dem Hotel hätten die Herren v. Schrader, v. Kröcher und v. d. Goly gewohnt. Wolff, der auch zu den Spielabenden erschienen sei, habe in einem anderen Hotel gewohnt. Ein besonders intimer Verkehr zwischen v. Kröcher und Wolff ist dem Angeklagten nicht aufgefallen. — Oberstaatsanwalt: Haben Sie etwas von Herrn v. Schrader gehört? — Zeuge: Ja, er ist nach Ostende gereist und hat sich dort vergiftet. — Oberstaatsanwalt: Wissen Sie weshalb? — Zeuge: Ich glaube wegen Spielschulden. — Der Angeklagte v. Kröcher läßt sich von dem Zeugen bestätigen, daß in dem Hotel keine Orgeln gespielt wurden und daß er durch regelmäßigen Gebrauch des Brunnens und der Bäder eine regelrechte Kur durchgemacht hat. Er bleibt dabei, daß v. Schrader das Roulette in seinem Weisem in Aachen gekauft habe. v. Schrader wollte ihn mit diesem Spiel bekannt machen, da sie beabsichtigten, demnächst nach Ramurs zu reisen, wo Roulette gespielt wird. Er habe von Aachen aus kleine Absteher nach Ramurs und Ostende gemacht und dort mit Erfolg gespielt.

Vizekonsul a. D. Moos.

Nach kurzer Pause wird der Zeuge Vizekonsul a. D. Moos noch einmal vorgelesen und nach den verschiedensten Richtungen hin über seine Beziehungen zu Herrn v. Kröcher vernommen. Es ergibt sich, daß der Zeuge den Angekl. v. Kröcher eine Summe im Spiel schuldig geblieben war und v. Kröcher ohne Rücksicht die Begleichung der Schuld verlangt, ja sogar beabsichtigt hatte, den Zeugen zum Offenbarungseid zu zwingen. Der Zeuge hat darauf einen fulminanten Brief an v. Kröcher gerichtet und darin sehr deutliche Drohungen ausgesprochen, daß er an die öffentliche Meinung appellieren und Anzeige erstatten werde. Der Zeuge behauptet in dem Briefe u. a. auch, daß v. Kröcher gar kein Recht zu solchem energischen Vorgehen habe, da er selbst sich wiederholt in Bedrängnis befunden habe. Der Zeuge v. Schrader habe ihm sogar einmal, als er dem Angeklagten Geld leihen sollte, wann er gesagt: „Ne lui donnez rien, il ne paie pas“ (Geben Sie ihm nichts, er bezahlt nicht). Der Zeuge v. Schrader erklärt dies entschieden für falsch, schon aus dem Grunde, weil ihm Herr v. Kröcher nie etwas schuldig geblieben sei und er demselben durchaus freundlich gesinnt war. — v. Kröcher bestreitet, daß er jemals vom Zeugen Moos Geld geliehen habe. Im übrigen habe er es für angemessen erachtet, gegen Moos ohne Rücksicht vorzugehen, weil dieser in einem Falle sich tatsächlich sofort an das Regiment eines Offiziers telegraphisch gewandt habe, der ihm Geld schuldig geblieben sei. — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello giebt Zeuge die Auskunft, daß er Titular-Vizekonsul a. D. sei und für französische und englische Finanzzeitungen arbeite. — Justizrat Dr. Sello: Schreiben gegen den Zeugen noch andere Klagen als die des Herrn v. Kröcher? — Zeuge: Später sind erst noch andere Klagen eingeleitet worden. — Zeuge Moos giebt eine umfangreiche Darstellung des Falles, in welchem er gegen einen Lieutenant a. U., der seine Versprechungen zur Rückzahlung einer ihm geliehenen kleinen Summe trotz wiederholter Mahnungen nicht erfüllte, eine telegraphische Meldung an den Regimentskommandeur erstattet hat. Ihm thue dies nachträgliche zu sehr leid, er habe aber die telegraphische Meldung nur „aus Prinzip“ getan. Herr v. U. habe die Sache dadurch erledigt, daß er ihm eines Tages mitgeteilt habe, er habe das Geld einem bestimmten Oberkellner überwiesen. Die Sache sei auch richtig gewesen; nach der Bekundung des Oberkellners habe v. U. das Geld allerdings deponiert, in derselben Nacht aber unglücklich geholt und es wieder abgehoben. Die Sache sei schließlich so erledigt worden, daß Herr v. U. ihm nicht gram geblieben sei. In jener Gesellschaft sei es gar nichts Seltenes gewesen, daß man sagte: Wenn Sie nicht pünktlich bezahlen, werde ich mich an das Regiment wenden. Speziell habe Herr Kornblum, der gerade Herr v. Kröcher wieder in die Gesellschaft hineingebracht habe, nachdem er aus derselben herausgeschmissen worden war, mehrere Herren sofort angezeigt. — Ueber die persönlichen Verhältnisse des Zeugen, seine Einkünfte, sein Verhalten Mitspielern gegenüber und verschiedene andere Dinge, die die Glaubwürdigkeit des Zeugen erschüttern sollen, richtet Justizrat Dr. Sello noch eine Reihe von Fragen an den Zeugen, die der Zeuge energisch in einem Sinne beantwortet, daß ein Vorwurf gegen ihn nicht zu erheben sei. Es kommt dabei zur Sprache, daß der Zeuge einmal zu Dr. Leipziger gesagt haben soll: Wenn v. Kröcher ihm eine Ehrenentlassung abgebe, würde er als Zeuge Dinge bekunden, die v. Kröcher unzulässig würden. Der Zeuge bestreitet dies und will nur gesagt haben, daß wenn v. Kröcher ihm keine Ehrenentlassung abgebe, er ihm nach seiner Freisprechung seinen Kartellträger zuhändigen werde. Zeuge behauptet auch noch allerlei Auswüchse des Herrn Kornblum, der allerdings sehr viel und auch viel Böses über die Angeklagten gesagt habe. So habe er kurz vor seiner Abreise von hier gesagt: er habe von dem Spiel ein Plus, wie er es selten erzielt habe. Ein anderes Mal habe er sich dahin geäußert: Was geht es mich an, daß Herr v. Mantuffel gern Polizeirat werden möchte; wenn er mir 10 000 M. giebt, dann erzähle ich ihm allerlei, bis jetzt habe ich ihm noch nichts gesagt.

Dagelischlag.

Der folgende Zeuge ist der Rennstallbesitzer Gustav Dehlschlager, der Sohn des bekannten verstorbenen Rennstallbesitzers. Er kennt nur die beiden ersten Angeklagten, mit v. Kröcher ist er auf der Schule gewesen. Er hat mehrmals die Spielgesellschaft besucht und an v. Kröcher 1100 Mark verloren, wovon er 60 M. abbezahlt hat. — Rechtsanwältin Dr. Schwindt: Kennen Sie v. Kröchers Rennpferd „Dagelischlag“? — Zeuge: Ja, es ist ein gutes Hindenpferd, das Aussicht auf Gewinne bietet. — Auf Antrag des Angeklagten wird über diesen Punkt der Lieutenant v. Lottow vernommen. Er erklärt, daß er dem Angeklagten v. Kröcher zum Kauf des Pferdes geraten habe. v. Kröcher habe 4400 M. dafür gezahlt. Das Pferd habe in Karlsruhe, in Hamburg und anderen Rennplätzen bedeutende Gewinne erzielt. — Dr. Schwindt: Wie hoch schätzen Sie die Gesamtsumme? Zeuge: Mindestens 10 000 M. — Oberstaatsanwalt: Wie hoch belaufen sich jährlich die Kosten für ein Rennpferd? — Zeuge: Etwa 4000 M. — Angekl. v. Kröcher: Es wird mir zum Vorwurf gemacht, daß ich mir mehrere Rennpferde hielt. Ich mache darauf aufmerksam, daß die übrigen Pferde nicht mir gehörten, sondern nur auf meinem Namen liefen. — Oberstaatsanwalt: Was hatte das für einen Zweck? — v. Kröcher: Das kommt häufig vor. — Zeuge v. Lottow bestätigt dies. Kröcher Geschäftsmann schenke es, ein Pferd auf den eigenen Namen laufen zu lassen, da sie fürchteten,

daß sie sonst ihren Kredit schädigen würden. — v. Kröcher erklärt, daß er mindestens 40 000 M. gewonnen haben würde, wenn die Pferde sämtlich sein Eigentum gewesen wären. — Dr. Sello an den Zeugen Dehlschlager: Sie waren mit v. Kröcher zusammen auf der Ritterakademie in Brandenburg. Können Sie uns irgend welche Angaben darüber machen, wie der Angeklagte v. Kröcher da zu gekommen ist, ein so leidenschaftlicher Spieler zu werden? — Zeuge: Nein, ich laun nur sagen, daß schon dort unter den jungen Leuten ein großes Interesse für Sport herrschte.

Der Redacteur vom „Tageblatt“.

Es wird sodann der Redacteur Moriz Friedländer vom „Berliner Tageblatt“ vernommen, welcher erklärt, daß die Mitteilungen, die dem Artikel des „Tageblatt“ zu Grunde lagen, von Dr. Kornblum herrühren. Er habe dieselben seit Jahren oberflächlich gekannt und Dr. Kornblum habe im Dezember v. J. schriftlich ihn um ein Rendezvous gebeten und bei letzterem die Internia aus dem Spielertreife erzählt. Das Zeugere des Dr. Kornblum sei so gewesen, daß man ihn bei oberflächlichem Blick wohl für einen Offizier in Civil hätte halten können. Nach seinen Erzählungen sei es oft vorgekommen, daß ihn Offiziere mit „Herr Kamerad“ angeredet hätten, so daß er mehrfach habe erwidern müssen „ich bin nicht aktiv“. Er sei allerdings etwas klein und habe öfter gesagt: für jeden Centimeter, den er seiner Größe zulegen könnte, würde er 3000 Mark geben. (Heiterkeit.) Dr. Kornblum habe wiederholt betont, daß es ihm darauf ankomme, einer Persönlichkeitsfrage die sich in die Spielertreife eingeschlichen, unschädlich zu machen. Er durchschaute diese Persönlichkeitsfrage ganz genau und habe auch vor ihr gewarnt, dies sei aber fruchtlos geblieben, weil zwei Herren mit jener Persönlichkeitsfrage in Verbindung getreten seien und ihn schützten. Dr. Kornblum habe weiter gesagt, daß es ihm nicht darauf ankomme, sehr vielen angesehenen Leuten Unannehmlichkeiten zu machen, sondern daß er nur Herrn Wolff hinaus haben wollte. Der Artikel des „Tageblatt“ ist dem auf Grund jener Mitteilungen von dem Zeugen selbst verfaßt worden. Am Tage nach der Veröffentlichung sei Dr. Kornblum bei ihm erschienen und habe ihm gesagt, daß ihm die Sache sehr unangenehm sei, da v. Kröcher und Vizekonsul Moos ihm die Persönlichkeitsfrage direkt auf den Kopf zugejagt haben und auch sonst andere Personen die gleiche Ansicht über den Ursprung des Artikels geäußert hätten. Dr. Kornblum habe gebeten, alle weiteren Artikel doch lieber zu unterlassen, dies wurde auch zugejagt, da ja das Ziel, vor einem Falschspieler zu warnen, erreicht sei, aber es wurde verprochen, die Sache nur ruhen zu lassen, wenn nicht von anderer Seite Widerlegungen gegen den Artikel des „Tageblatt“ erschienen würden. Gegen v. Kröcher habe Dr. Kornblum keinerlei Aufschuldigungen erhoben, im Gegenteil, er habe gesagt, v. Kröcher sei sein bester Freund, er werde nächstens mit ihm Hand in Hand in den Turf-Klub eintreten. Kornblum habe von dem Angeklagten v. Kröcher mit großem Respekt gesprochen und ihn für einen der wenigen Leute gehalten, die Mäher seien als er. (Heiterkeit.) Da die Erwiderung auf den Artikel des „Tageblatt“ nicht ausblieb, seien noch zwei bis drei Artikel erschienen, dann habe Herr v. Mantuffel das Erzeugnis ausgedrückt, daß der Verfasser des Artikels mit ihm Rücksprache nehmen möchte. Er habe darauf Herrn v. Mantuffel, den er da erst kennen lernte, nach etwa 2-3 Tagen besucht und mit ihm über die ganze Spielaffaire gesprochen. Schließlich habe sich ein aus dem andern ergeben, das Material zur Affaire sei von allen Seiten eingegangen und die verschiedensten Herren hätten sich bei ihm gemeldet und allerlei mitgeteilt. So habe sich beispielsweise auch ein Herr aus London gemeldet, der gegen Honorar sehr interessante Enthüllungen anbot und als Probe seiner Wissenschaft gleich 30 bis 40 Namen angab. Dieses schriftliche Angebot sei aber abgelehnt und der Brief an das Postamt in London zurückgeschickt worden, da es nicht darauf angekommen sei, Personen bloßzustellen. Der Zeuge erklärt noch, daß auch zu den übrigen Artikeln die Mitteilungen zum großen Teile von Kornblum herrührten und daß in allen Artikeln des „Tageblatt“ von Herrn v. Kröcher keine Rede gewesen sei. Kornblum habe bei den Unterhaltungen nur einmal gesagt, Herr v. Kröcher scheine eine Art Mentor des Herrn v. Kröcher zu sein. Auch die Mitteilung von der „Anschauung in Sicht“ Depesche rühre von Herrn Dr. Kornblum her, der sich auf Leute berief, die die Depesche gesehen haben wollten, die Namen aber nicht nannten. Nach Ansicht des Zeugen ist Dr. Kornblum absolut kein leeres Schwärmer gewesen, sondern sehr zurückhaltend. — Angeklagter v. Kröcher: Sie bedauern doch wohl selber, Herr Zeuge, daß Sie Herrn Kornblum Ihre Spalten geöffnet haben? — Zeuge: Das ist eine Frage, auf die ich unter vier Augen Herrn v. Kröcher sehr gern Antwort zu geben bereit bin. Hier lehne ich eine Antwort auf solche Fragen entschieden ab. — v. Kröcher: Sie müssen doch zugeben, daß der Artikel Unrichtigkeiten enthält. — Zeuge giebt einzelnes Unrichtiges zu. — v. Kröcher: In einem der Artikel ist die falsche Nachricht verbreitet worden, daß sich bei mir die Sache komplizierte, da ich bei meinen ersten Vernehmungen eidlich festgelegt worden sei und meine Bekundungen mehrfach mit den Tatsachen in Widerspruch ständen. Davon ist doch gar keine Rede. — Der Zeuge erklärt, daß auch diese Nachricht von Herrn Dr. Kornblum herrühre, und giebt zu, daß jetzt durch den Gang dieser Verhandlung in einzelnen Punkten die Unrichtigkeit von Bekundungen der Artikel erwiesen sei.

Präs.: Stellen Sie den Dr. Kornblum für eine glaubhafte Person? — Zeuge: Demals hielt ich ihn dafür. — Rechtsanwältin Schachtel: Hat Dr. Kornblum Ihnen nicht die ungeheuerliche Summe von 500 000 M. genannt? — Zeuge: Ja.

„Tageblatt“ und Polizei.

Bert: Wie viele Zusammenkünfte haben Sie mit Herrn v. Mantuffel gehabt? — Zeuge: Genau weiß ich es nicht, sagen wir 5-10 mal. — Bert: Bei Ihrer ersten Vernehmung hat der Untersuchungsrichter ein Protokoll anfertigen lassen? — Zeuge: Gewiß, ein außerordentlich sorgfältiges und gewissenhaftes Protokoll. — Bert: Wie kam es denn, daß Sie nach 2 Tagen eine große Verichtigung des Protokolls verlangten? — Zeuge: Die Frage in nach zwei Richtungen unrichtig. Ich habe nicht nach 2 Tagen eine „große“ Verichtigung verlangt, sondern am folgenden Morgen nur einige kleine Zuläge zu meiner Aussage gemacht, die der Untersuchungsrichter lächelnden Mundes als völlig unwesentlich bezeichnete. — Bert: Haben Sie nicht Herrn v. Mantuffel gegenüber einmal die Bekundung ausgesprochen, daß die ganze Geschichte im Sande verlaufen könnte? — Zeuge: Das ist den Ausdruck „Befürchtung“ gebraucht habe, glaube ich nicht. — Bert: Was hat Ihnen Herr v. Mantuffel darauf erwidert? — Zeuge: Das sei wohl nicht zu befürchten. — Bert: Weiter nichts? — Zeuge: Ja, glaube, er hat hinzugefügt: Sie würden mir einen großen Gefallen thun, wenn Sie nichts mehr über die Angelegenheit veröffentlichen. — Bert: Wer hat Ihnen die Mitteilung von der Bekundung v. Schachtmeiers gegeben? — Zeuge: Die ist auf dem normalen Wege der Berichterstattung an mich gelangt. Ich habe mir die Nachricht von Herrn v. Mantuffel bestätigen lassen. — Angekl. v. Kröcher: Von wem haben Sie die Anklageerzählung? — Zeuge: Das möchte ich nicht gern sagen. — v. Kröcher: Ich möchte es aber gern wissen. — Zeuge: Ich verweigere die Antwort, da ich niemandem Unannehmlichkeiten bereiten will. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich sie nicht von Herrn v. Mantuffel habe.

Darauf wird die Verhandlung bis Mittwochvormittag 9 Uhr vertagt.

Tokales.

Achtung, 48. Wahlbezirk (Gesundbrunnen)! Diejenigen Genossen, welche heute Abend Flugblätter verbreiten wollen, mögen sich bei Brinmann, Prinzen-Allee 21, melden.

Im Harmlosen-Prozess

Ist die Beweisaufnahme noch immer nicht zu Ende gekommen. Am heutigen Mittwoch sollen mehrere Zeugen noch einmal vernommen werden, so unter anderem Frau Frida Voigt, Graf Königsmarck, Wieselmann, Dr. Leipziger, Graf Kardorff, Herr v. Heemann. Die Plaidoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger werden dann erst am Donnerstag beginnen.

In der Sitzung vom Dienstag war interessant eigentlich nur die Vernehmung des Redakteurs Dr. Friedländer vom „Berl. Tageblatt“, der Auskunft über die Entstehung der Zeitungsbilder gab, die zur Verfolgung der Angeklagten den Anlaß boten. Das erste Material hat demnach der frühere Mitspieler bei dem Harmlosen Dr. Kornblum geliefert, bei dem es sich wohl um einen Nachsatz handelte, da er aus dem Klub hinausgeworfen worden war. Als der erste Artikel am 16. Dezember 1898 erschienen war, der nur allgemeine Andeutungen enthielt, seien dann viele Briefe eingegangen, auch zahlreiche Besuche dagewesen, die nähere Informationen brachten. Auch der Kriminalkommissar v. Rantke hat sich mit der Redaktion des „Tageblatts“ in Verbindung gesetzt und mit Herrn Dr. Friedländer eine größere Reihe von Konferenzen gehabt. So hat sich ein Artikel an den anderen gereiht, bis dann durch die Verhaftung der Angeklagten die Harmlosen-Affäre in ein altes Stadium getreten ist.

Nunmehr wird sie ja bald zu Ende sein, und man muß zugeben, daß das Interesse der Öffentlichkeit an der Angelegenheit eigentlich erloschen ist, — was nicht ausschließt, daß der Zuschauerraum und die Tribünen noch immer überfüllt sind. Der Vorwurf des Faltschielens hat den jungen Aristokraten gegenüber nicht erhalten werden können. Andererseits ist ein helles Licht über das Lotterleben und die Aufbaumengen der abligen Jugend, des Nachwuchses der Edelsten und Besten, der zum Kampf für Religion, Ordnung und Sitze Berufenen geworfen worden. Das Verdienst, hierüber die Öffentlichkeit aufgeklärt zu haben, bleibt den weitsichtigen Prozessverhandlungen. Ob schließlich einer oder mehrere der zufällig im Reye hängen gebliebenen jungen Herren eine kleine Strafe wegen gewerdmäßigen Glückspiels bekommt, oder ob alle drei freigesprochen werden, ist für die Beurteilung des sittlichen Niveaus jener aristokratischen Kreise gleichgültig.

Das Berliner Gewerbegericht befindet sich jetzt Zimmerstraße 90/91 im Vordergebäude, rechter Ausgang. Das Bureau und die Akte-Aufnahme sind im zweiten Stock, die Verhandlungssäle im dritten Stock.

Unsere herrliche Weltordnung hat abermals drei junge Menschenleben zum Opfer gefordert. Diese Ordnung, die mit allen Mitteln vor dem „Ansturz“ gerettet werden muß, reißt die Proletarierin bewußtlich von ihren Mutterpflichten los, zwingt sie, außer dem Hause zu frohnen, und ihr Viehsties allen Gefahren des Zufalls preiszugeben, damit Brot für die Familie geschafft werde!

Zu dieser Höllequal ist neben vielen tausenden anderer Proletarierinnen auch die Frau des in der Hagelsbergerstr. 87/88 im Quergebäude, vier Stock hoch wohnenden Kohlenarbeiters Ridel verurteilt. Während Ridel seiner Beschäftigung nachgeht, versteht seine Frau in einem andern Hause Aufwartestelle. Die Familie besah vier Kinder, von denen erst das älteste die Schule besucht. Gestern vormittag verließ die Mutter die verschlossene Küchenwohnung, nachdem sie für die drei zurückgelassenen Kinder im Alter von 6, 4 und 2 Jahren das Mittagessen zurechtgestellt hatte. Während nun die Kinder noch im Bette lagen, ist wahrscheinlich ein Funke vom Herde in den davorstehenden Kohlenkasten gefallen und hat in demselben liegende Lumpen und Kleidungsstücke in Brand gesetzt. Die mit Teppichklopfen auf dem Hofe beschäftigte Verwaltersfrau bemerkte schließlich, daß wider Rauch aus den Fenstern drang und schlug Alarm. Ein zufällig anwesender Maler zertrümmerte mit einem Beil die Türschwelle und fand nun in der total verqualmten Stube die drei Kleinen unangezogen vor dem Bette liegen. Er trug sie heraus und sandte sofort nach Ärzten. Diese stellten sofort Wiederbelebungsvorkehrungen an, die aber bei den beiden Kleinsten, einem 4jährigen Knaben und 2jährigen Mädchen, erfolglos blieben. Das 6jährige Mädchen zeigte zwar noch geringe Lebenskraft und wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt, doch gilt seine Genesung für ausgeschlossen. Das Feuer war bei Ankunft der Wehr bereits gelöscht.

So die Tragödie der Arbeiterfamilie Ridel! Eine von vielen! Und für eine Ordnung, in der derartige Erscheinungen nicht Seltenes sind, sollen die Proletarier Begeisterung empfinden? Lächerliche Zumutung derer, die gewissenlos sind, von der Arbeiterschaft zu verlangen, daß sie sich von der Socialdemokratie abwenden und wieder zur stumpfsinnigen Apathie früherer Zeiten zurückkehren!

Die Wahlen zum Teltower Kreisrat wurden am gestrigen Dienstag im Verbands der Großgrundbesitzer des Kreises vorgenommen. Sie fanden im Kreisbauern in der Victoriastraße unter Leitung des Landrats Stubenrauch um 9 Uhr morgens statt und waren gegen 12 Uhr mittags schon beendet, da nur die Anhänger des Landrats und auch diese nur in schwacher Zahl erschienen, die Wähler der gegnerischen „Vorortpartei“ aber ganz ferngeblieben waren. Die Ernähler der Großgrundbesitzer, die Arbeiter, sind im preussischen Musterstaate bekanntlich jeden Einflusses auf die Zusammensetzung solcher Körperschaften bar. Das gehört einmal so zur modernen Gerechtigkeit.

Welche Rolle das öffentliche Verkehrsinteresse in den Händen privater Unternehmer spielt, erkennt man an einem im Handelsteil bürgerlicher Blätter veröffentlichten Bericht über eine Generalversammlung der Neuen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft:

„Neben die Wahlen zum Aufsichtsrat entspann sich eine lange, sehr erregte Debatte, bei der tiefegehende Differenzen zwischen Herrn Neuburger und dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Rosenthal, zu Tage traten. Letzterer erklärte, er müsse es als unerbötlich bezeichnen, daß ein Aufsichtsrats-Mitglied wenige Wochen vor der ordentlichen Generalversammlung eine außerordentliche einberufen läßt, um sich auf Grund seines großen Aktienbesizes eine Majorität im Aufsichtsrat zu sichern. Diese Manipulationen des Herrn Neuburger ziele offenbar darauf ab, sich in den Besitz des Bankierguthabens der Gesellschaft zu setzen. Er, Medner, sehe darin eine große Gefährdung der Interessen der Gesellschaft, und mit Rücksicht darauf habe er bereits in einer Aufsichtsratsitzung zu Protokoll geben lassen, daß bei einer Erhöhung des Aktienkapitals mindestens zwei Drittel des Bankierguthabens bei einer großen Bank deponiert sein müßten. Herr Neuburger verwarfte sich gegen die Unterstellung, daß er auf das Bankierguthaben der Gesellschaft spekuliere. Bedäglich der Umstand, daß er einen großen Besitz an Aktien hat und auch viele seiner Kunden zum Erwerb von Aktien veranlaßt hat, und daß er gegenwärtig im Aufsichtsrat mit seinen Ansichten nicht durchdringen kann, habe ihm Veranlassung zur Einberufung der Generalversammlung gegeben. Er schläge vor, drei Großaktionäre hinzuzuwählen. Mit überwiegender Majorität wurde beschlossen, nur zwei neue Aufsichtsratsmitglieder zuzuwählen, und es wurden die von Herrn Neuburger vorgeschlagenen Herren Oberst a. D. Franz und Handelsrichter Börne ausgewählt.“

Man sieht, welche schweren und aufreibenden Kämpfe die Großkapitalisten unter sich um den Gewinn zu führen haben. Da muß die Wählererschaft zur Stadtverordneten-Versammlung schon aus Menschenliebe dafür sorgen, daß die Herren von so nagenden Eifersüchteleien nach Möglichkeit befreit werden. Dies kann durch die Wahl von

Männern geschehen, die gesonnen sind, den Gewinn aus ferneren Verkehrsunternehmungen der Kommune zu gute kommen zu lassen.

Berlin kann stolz sein. Am 16. d. M. standen vor dem Reichsgericht zwei Prozesse gegen die Stadtgemeinde Berlin an, in denen eine Hilfsarbeiterin Müller und die Witwe eines Architekten Veltrop auf Witwen- und Waisengeld Ansprüche erhoben haben. Beide Prozesse sind zu Gunsten der Stadt entschieden worden.

Ein gefährliches Feuer im großen Handtierhaus des Zoologischen Gartens kam gestern früh 6 Uhr zum Ausbruch. Bei demselben erstickte ein Jaguar, während ein Löwenpaar schmerzhaft Brandwunden davontrug und außerdem durch Rauchvergiftung stark gelitten hat. Der Brand hatte seinen Ausgang in der Heizungsanlage, die sich unter einer der Hütten an der Wasserseite befindet. Wie er entstanden ist, hat indes noch nicht aufgeklärt werden können. In seiner raschen Ausdehnung trug hauptsächlich der Ventilationsgang bei, der das Handtierhaus in seiner ganzen Länge durchzieht und das anfangs nur glimmende Feuer unter dem Dache fortleitete, so daß bei Eintreffen der Feuerwehr das Holzwerk des Daches über dem inneren Zwinger in einer Ausdehnung von fast zwanzig Meter brannte. Die Hauptaufgabe bestand zunächst darin, die Hütten in die Außenluft zu treiben, da sie dort weniger gefährdet waren. Diese Arbeit gelang dem Wärterpersonal erst nach längerer Zeit, da die Tiere sich teils in die Ecken brühten und dort unbeweglich lauerten, teils, soweit sie von herabfallenden Brandflammen verwundet waren, sich wie rasend gebardeten und ein marterlichütternes Gebrüll ausstießen. Dies galt besonders von einer Löwin, deren Fell erheblich verbrannt wurde, und von einem Löwen, dessen Krallen mit dem Feuer in Verührung gekommen waren. Doch sind die erlittenen Brandwunden derart, daß eine Heilung zu erwarten steht. Ob die Löwin davonkommt, steht noch dahin. Der Jaguar war bereits erstickt, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Eine „Sensationschrift“, die kürzlich von zahlreichen Händlern abends in der Friedrichstraße mit lautem Geschrei angeboten wurde, beschäftigt die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei. Der Verfasser nennt sich Dr. Seljam und seine Schrift „Die Kampfreise der Reußen. Wahre Standalgeschichten und sensationelle Enthüllungen“. Die Broschüre enthält die schwersten Beschuldigungen gegen Veltrop hiesiger Ballolale, besonders gegen ein näher bezeichnetes Ehepaar, und gegen die Polizeibehörde, die mit der Verhaftung dieser Ballolale beauftragt sind. Derselbe Schrift ist vor sechs Jahren schon einmal erschienen. Damals wurde sie nach dem Erscheinen der ersten Exemplare mit dem ganzen Verlag, in dem sie erschienen, aufgelöst. Als Verfasser wurde ein früherer Landwirt Krause ermittelt, der schon öfter von sich reden machte und inzwischen einmal wegen Erpressung mit 2 1/2 Jahren Zuchthaus bestraft wurde. „Dr. Seljam“ veröffentlicht jetzt denselben Text noch einmal. Gegen den Verfasser wird jetzt sowohl vom Volksgericht, beziehungsweise von der Staatsanwaltschaft, als auch von den Privatpersonen vorgegangen, gegen die die Veröffentlichung sich richtet.

Ershossen hat sich gestern morgen ein 80 Jahre alter Pausbrenner S., der in der Charlottenstraße seit einigen Wochen ein möbliertes Zimmer bewohnte. Er war, wie aus die Zeitung des Instituts, dem er angehörte, berichtet, ein überaus pflichtgetreuer Beamter, bei seinen Vorgesetzten und Kollegen gleich beliebt. In seinem Dienste hat er sich nicht das geringste zu schanden kommen lassen. Als gestern morgen um 9 1/2 Uhr die Dienstmagd der Witwe ihn den Kaffee bringen wollte, fand sie ihn als Leiche auf dem Sofa liegen. Auf dem Tische lag ein Bettel, aus dessen Inhalt hervorgeht, daß unglückliche Liebe die Veranlassung zu dem Selbstmorde gab, sowie ein Brief an die Eltern des Verstorbenen.

Die Spekulation auf die Sensationslust des Publikums ist auch angeht die Harmlosen-Affäre im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater voll im Schwange. Direktor Samst, der bedauerlicherweise die Rolle übernommen hat, die früher auf Jahrmärkten den Wankelgängern oblag, bringt zur Zeit unter dem Titel „Der Klub der Harmlosen“ einen jämmerlichen Schmarren zur Aufführung, in der es von Räuferei und Völkerei förmlich trieft. Es fehlt nur die Drehorgel bei diesen Geschichten vom verdorbenen Jüngling, vom hartgeprüften Vater, vom ungerathen verdächtigen Diener und von der tugendhaften und der sinnigen Schwester des natürlich arg in die Enge getriebenen Wäflings. Wann wird das Publikum endlich so geweckt werden, daß es auf derartige grobe Schmähungen von Leuten, die unter dem Deckmantel der Kunst ein trauriges Spekulationsgewerbe betreiben, nicht mehr hineinläßt?

In der Krania wird heute abend 8 Uhr der dritte Gensar-Vortrag gehalten werden und zwar wird Herr Professor Dr. G. Müller über die Entwicklungsgeschichte der Vokale sprechen. Um 5 Uhr findet eine Nachmittags-Vorlesung des dekorativen Vortrags „Der Sieg des Menschen über die Natur, Kulturbilder aus fünf Jahrtausenden“, zu ermitteltem Preise statt.

Theater. Das Schiller-Theater wird auch in der diesjährigen Spielzeit einen Schiller-Gesamtsabend veranstalten, und zwar Die Räuber, Kabale und Liebe, Don Carlos, Maria Stuart, Wallensteins Lager und Die Piccolomini. Wallensteins Tod, Die Jungfrau von Orleans, Wilhelm Tell bringen. Die Preise werden herabgesetzt sein, das der Besuch allen Klassen möglich gemacht wird. Es soll ein Gallerie für alle acht Vorstellungen, einschließlich Garderobe, 2,40 M. kosten, ein Platz im 1. Parterre 1,50 M. Die Vorstellungen haben nur an Sonntagsnachmittagen statt. Die erste Vorstellung im Gultus, die Räuber, ist für den 5. November festgelegt. — Den einzuleitenden Vortrag zu dem „Schalkspeare-Abend“, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 22. November, im Bürgercafé des Rathauses veranstaltet, hält Dr. Eduard Engel, der bekannte Schalkspeare-Kenner und Verfasser der Geschichte der englischen Literatur.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Parteiversammlung, in der die Delegierten vom hannoverschen Parteitag Bericht erstatten, findet am Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Klubhause, Hauptstr. 5/6, statt. Die Genossen aus den Orten Tempelhof, Friedenau, Steglitz, Vichterfelde sind hierzu eingeladen. (Siehe auch Inserat in der heutigen Nummer.) Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Die Parteigenossen des dritten Kommunalwahlbezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute (Mittwoch) abends 8 1/2 Uhr bei Ritsche, Lantrogengr. 10, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung stattfindet, in welcher der Kandidat des dritten Bezirkes, Schriftsteller Paul Hirsch, über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen spricht. Recht zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Halensee. Auf die morgen Abend bei Struhs, Auguststr. 1 stattfindende Parteiversammlung werden die Parteigenossen hiermit aufmerksam gemacht. Da die Neuwahl des Vertrauensmannes, der Lokalkommission usw. auf der Tagesordnung steht, erwartet zahlreichen Besuch. Der Vertrauensmann.

In Johannisthal findet Donnerstagabend 8 Uhr bei Senftleben eine Parteiversammlung statt, in der Koyke einen Vortrag: „Der Kampf gegen das Unrecht“ hält. Außerdem finden Berichterstattung und Neuwahlen statt. Wegen der Polizeistunde ist pünktliches Erscheinen erforderlich.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 10. Oktober mit der Umwandlung der Hochbahn in eine Anterpfasterbahn. Es sind neuerdings zwischen den beteiligten Behörden und der Gesellschaft die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, welche eine Umwandlung bezwecken. Die Ausführung dieses abgeänderten Projektes würde aber bedeutende Mehrkosten verursachen, welche die beteiligten Gemeinden zu tragen hätten. Bei einer Konferenz, die vom Minister der öffentlichen Arbeiten einberufen war, glaubten die Vertreter von Berlin und Charlottenburg eine Beteiligung an der Ausführung der Kosten in Aussicht stellen zu dürfen. Dementprechend beantragt der

Magistrat die Gewährung eines Beitrages bis zu 300 000 M. an die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen als Zuschuß. Nach längerer, teils öffentlicher, teils geheimer Sitzung beschloß die Versammlung folgendes: „Für den Fall, daß die bereits genehmigte Hochbahn bereits infolge der Demowirtschaft in eine Anterpfasterbahn umgewandelt wird, ist der betreffenden Gesellschaft aus fälligen Mitteln ein Zuschuß zu den vermehrten Baukosten zu gewähren, wenn von Seiten der Gemeinden Berlin und Charlottenburg gleichfalls Beiträge gewährt werden. Der Beitrag soll sich auf 7/8 Proz. der Gesamtsumme, nicht mehr als 300 000 M., belaufen, wobei von den Auflegern gemäß ihrem Interesse aufzubringende Beiträge der Stadt mit hinzugerechnet werden.“ Sollte trotz dieses Angebots sich die Ausführung nicht ermöglichen lassen, so wollte man die Freihaltung des Kollendorfsplatzes von der Hochbahn zu erreichen suchen. Zu diesem Zweck stellte der Magistrat folgenden Eventualantrag, welcher einem Ausbuh zur Veranlagung überwiegen wurde: Falls sich die Hochbahn in der zu 1 gedachten Weise nicht erreichen lassen sollte, ist die Stadtverordneten-Versammlung damit einverstanden, daß der betreffenden Gesellschaft die Anlegung der Rampe zum Zwecke dieser Umwandlung auf dem Schöneberger Teile der Bismarckpromenade, unter Blockierung der Pfleienstraße, gestattet wird. — Eine längere Diskussion rief der Antrag unserer Genossen hervor, bei dem am 8. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen die Wahlzeit statt von 1—7 Uhr von 12—8 Uhr zu verlängern. Gen. Obst erklärte unter Hinweis der Ausdehnung der Wahlzeit in Berlin und Niddorf die hier festgesetzte Wahlzeit für viel zu eng bemessen. Ein jeder Bürger müsse die Möglichkeit zur Ausübung seines Wahlrechts haben. Dies sei aber vielen Arbeitern, die häufig in Berlin und anderen Vororten arbeiteten, ganz unmöglich, sollen sie nicht einen Teil ihres lang bemessenen Lohnes einbüßen. Diese logischen Folgerungen hätten sicherlich bei der Mehrheit der Stadtverordneten Zustimmung gefunden, wenn es der Bürgermeister Gerhardt nicht für nötig befunden hätte, dagegen energisch Front zu machen. „Was kümmert uns Berlin“, so rief er aus, „wie sind hier in Schöneberg und regeln die Wahlzeit nach unserem Ermessen. Der verächtliche Ton, den der Stadt. Obst erwähnte, möge von seiner Seite zuerst angeklagen werden. Er habe zu den Arbeitgebern das Vertrauen, daß sie den Arbeitern die Möglichkeit zur Ausübung des Wahlrechts bieten werden, und ersuche um Ablehnung dieses Antrages. Brauereidirektor Finske kam als Leiter des größten Schöneberger Betriebes versichern, daß die von Herrn Obst geforderte Ausdehnung unbedingt geboten sei, da die meisten Arbeiter des Mittags und Abends zur Wahl gehen. Er bitte dringend um Annahme des Antrages. Trotz der warmen Verteidigung war das Schicksal des Antrages durch das Auftreten des Bürgermeisters entschieden. Er wurde mit allen gegen 11 Stimmen abgelehnt. Dagegen fand ein inzwischen vom Stadtverordneten Müller gestellter Antrag, die Wahlzeit von 12 bis 7 Uhr auszudehnen, einstimmige Annahme.

Charlottenburg. Der Magistrat hat nähere Mitteilungen betreffend die Stadtverordneten-Wahlen erlassen. Wir haben daraus hervor, daß für die sieben Wahlbezirke der dritten Wahlperiode als Wahltermin der 7. November von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 8 Uhr festgesetzt ist, und zwar mit der Maßgabe, daß das Wahllokal um 8 Uhr nachmittags geschlossen wird und daß nur diejenigen Wähler zur Stimmabgabe noch zugelassen werden, welche vor Ablauf der betreffenden Stunde im Wahllokal anwesend waren. Jeder wahlberechtigte Einwohner erhält noch eine besondere Einladung, deren Vorlegung nicht allein zur Legitimation, wie insbesondere zur Förderung des Wahlgeschäftes dringend erwünscht ist. Die ohne Einladung erscheinenden Wähler müssen für ihre Legitimation Sorge tragen, sich auch bei der Zulassung zur Stimmabgabe eine Juridiktstellung hinter die mit Einladungen erschienenen Wähler gefallen lassen. Die dritte Abteilung wählt in jedem Bezirk je einen Stadtverordneten für die Wahlperiode 1900—1905, im Wahlbezirk 5 findet außerdem noch die Ersatzwahl für Herrn Schwarzlose für den Rest der Wahlperiode bis 31. Dezember 1903 statt. Die Bedingung des Hausbesitzes ist für keine dieser Wahlen zu stellen. Mit Rücksicht auf die bekannte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist innerhalb eines jeden Bezirks die Wahl nur in einem Lokal vorzunehmen. Als Wahllokale sind bestimmt: im 1. Bezirk das Restaurant Sommerfeld, Friedrich-Karl-Platz 6; im 2. Bezirk die Turnhalle in der Oberrealschule, Schloßstr. 27; im 3. Bezirk das Vögelerrestaurant, Berlinerstr. 61; im 4. Bezirk das Kaffeehaus, Kaiser-Friedrichstr. 61a; im 5. Bezirk das Restaurant Hohne, Bismarckstr. 91; im 6. Bezirk das Restaurant Dorn, Kantstr. 146; im 7. Bezirk das Restaurant „Zum Tauengien“, Tauengienstr. 18.

Ein Schwindlerpaar wird von der Charlottenburger Kriminalpolizei verfolgt. Bei einer Frau W. in der Wilmerdorferstraße 161, die erst vor einigen Wochen aus Ansternburg zugezogen ist, mietete am 10. d. M. ein angelegliches Ehepaar eine kleine Wohnung. Die Leute erzählten, sie seien eben aus Frankfurt a. O. zugezogen und hätten ihre Sachen noch nicht hier. Nachdem sie 2 M. angezahlt hatten, borgte die Frau von der Vermieterin ein Teureing. Sie habe ihren eigenen Koffer, um sich aus einer augenblicklichen Verlegenheit zu helfen, und es sei ihr nun sehr unangenehm, ohne Ring gehen zu müssen, da man sie so vieleleiht gar nicht für eine Ehefrau halte. Als die Vermieterin mit den Mietbegehren kam, hatten die Leute gerade keine Zeit, sie auszufüllen. Sie mußten eiligst ihre Sachen holen, und da ihnen dazu noch 8 M. fehlten, so half die gute Frau W. auch damit noch aus. In Ermangelung kleinen Geldes gab sie 10 M. Das Ehepaar ging und ließ sich nicht mehr sehen. Die Wohnungskandidatin fand Frau W. später unter der Treppe. Das Schwindlerpaar hat sie in ihre eigene selbstene Schürze eingewickelt. Der Mann ist etwa 32 Jahre alt, 1,70 groß und schlank und trägt einen schwarzen Schnurrbart, die Ehefrau, wahrscheinlich eine Kellnerin, ist 35 bis 38 Jahre alt, ziemlich groß, kräftig, unterseht und hellblond.

Johannisthal. Die Pläne zu einer Kanalisations- und Wasserleitungsanlage werden zur Zeit von einer Wiesbadener Gesellschaft ausgearbeitet. Hoffentlich wird mit der Ausführung der Arbeiten nicht gezögert, da die jetzigen Lebensbedingungen geradezu beschämend zu nennen sind. Die Kosten sind auf 120 000 M. veranschlagt; sie stellen sich aber vorläufig bedeutend niedriger, da die projektierten Straßen noch nicht angelegt sind. — Auf die Schulverhältnisse am Ort weist die Thatsache ein Licht, daß die Kinder Montag früh kurz nach Beginn des Unterrichts wieder nach Hause geschickt werden mußten, weil es nicht möglich war, in dem ungeheizten Schulzimmer den Unterricht fortzusetzen.

Pantow. Von der widerwärtigen Spekulation, die der geplante Bau eines Amtsgerichts hervorgerufen hat, ist in Nr. 241 von uns berichtet worden. Jetzt können wir ergänzend hinzufügen, daß nicht weniger als 22 Bauplätze hierzu ausbezogen worden sind. Den Rekord erreichte die Berliner Immobilien-Bank, welche ein Terrain an der Berliner Straße neben dem Schwarzen Grundstück unentgeltlich zur Verfügung stellt und obendrein 20 000 M. zahlen will, wenn das Amtsgericht daselbst erbaut wird. Da der umliegende Grundbesitz später einen weit höheren Wert erhält, als dies unter gewöhnlichen Verhältnissen je der Fall ist, würde die Immobilien-Bank durch jene Spekulation Hunderttausende verdienen.

Ein Revolverattentat ist Montagabend um 1/8 Uhr gegen den Direktor Gerling von der Aktiengesellschaft vormals S. Gladenbeck u. Sohn, Bildgießerei, in Friedriehshagen verübt worden. Herr Gerling befand sich um die angegebenen Zeit in seiner im Parkette belegenen Wohnung, als plötzlich ein Schuß traf. Ein Revolver war von einer außerhalb des Hauses befindlichen Persönlichkeit durch das Fenster auf Herrn Gerling abgefeuert worden, die Kugel verfehlte aber ihr Ziel und prallte von dem Kreuz des gegenüberliegenden Doppelreiters ab. Als der Thät verdächtig ist der früher in der Gladenbecker Gießerei beschäftigt gewesene Portier

Deutscher Buchdrucker-Tarif nebst Kommentar.*)

Unter diesem Titel ist vor kurzem vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker ein Buch herausgegeben, das nach mehr als einer Seite hin von großem socialpolitischem Interesse ist.

Im Buchdruckgewerbe ist es bekanntlich nach vorhergehenden schweren Kämpfen zu einer Verständigung zwischen Unternehmern und Gehilfen gekommen. Die Geschichte der „Tarifgemeinschaft“ liegt schon um beinahe 30 Jahre zurück. Aus den primitivsten Anfängen heraus hat sie sich zu einem System von solchen Details und Feinheiten entwickelt, daß zu ihrer Interpretation die Herausgabe eines Buches von nicht geringem Umfang (188 Seiten octavo) sich nötig machte. Der jetzt geltende Tarif ist der im Jahre 1896 zur Anerkennung gelangte. Durch ihn sind die Löhne für die verschiedenen Sorten festgelegt, die Arbeitszeit, die Pausen, die Bezahlung der Überstunden, kurz das gesamte Arbeitsverhältnis bis ins kleinste geregelt. Bei der Mannigfaltigkeit der Buchstaben sind von vornherein große Schwierigkeiten in der Berechnung gegeben, die verschiedene Auslegung der Bestimmungen muß leicht zu Konflikten führen. Für die aus den Tarifbestimmungen resultierenden Streitigkeiten ist durch Errichtung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern gewissermaßen eine besondere Gerichtsbarkeit geschaffen, deren obere Instanz das Tarifamt bildet. Die in jenen, durch Sachverständige des eigenen Gewerbes besetzten Gerichtsstellen gemachten Erfahrungen werden nun in den „Kommentaren“ den Parteien übermittelt.

In Deutschland besteht ein Gewerbe mit derart geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht. Das liegt nicht zum wenigsten an der Rückständigkeit und Engherzigkeit des deutschen Unternehmertums, das in seiner Reichheit unter der Devise „Herr im eigenen Hause“ bleiben zu wollen, jedes Unterhandeln mit den Arbeitern von der Hand weisen. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe haben früh erkannt, daß die absolute Herrschaft der Unternehmer im Produktionsprozeß ein Umding ist. Den Arbeitern

muß es gestattet sein, bei der Regelung der Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden; wird ihnen ein Einfluß in parlamentarischer Form nicht gestattet, müssen sie eventuell das Mittel der Arbeitseinstellung anwenden, um sich den ihnen gebührenden Einfluß zu erzwingen.

Ob die Buchdruckerbesitzer durch ihre höhere Einsicht zu der vernünftigeren Stellungnahme kamen, inwiefern sie durch die schon frühzeitig kräftig entwickelte Gehilfenorganisation dazu gedrängt, bis zu welchem Maße dabei die besonderen Verhältnisse des Gewerbes mitbestimmend gewesen — dies alles können wir hier unerörtert lassen; sicher ist, daß die Prinzipalschaft, wenn nicht am meisten, so doch mindestens ebensoviel als die Gehilfen aus diesem Zustand der Stetigkeit ihre Vorteile zieht. Ihr dient die Tarifgemeinschaft mit als ein Mittel, die Schmutzkonkurrenz zu belämpfen. Die der Tarifgemeinschaft angeschlossenen Prinzipale sind dem auch sehr bestrebt, diese auf eine möglichst große Anzahl von Betrieben auszuweihen. Wie aus dem geschichtlichen Rückblick auf die Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe, mit welchem das Werk eröffnet wird, zu entnehmen ist, sind nach dieser Richtung hin in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht worden. Während Ende September 1896 der Tarif von 895 Firmen in 235 Orten schriftlich anerkannt war, konnten am 6. Mai 1897 bereits 1631 Firmen an 409 Orten konstatiert werden. Nach dem Geschäftsbericht des Tarifamts vom 15. Mai 1898 waren es schon 2030 Firmen an 647 Orten und zur Zeit der Niederschrift des oben bezeichneten geschichtlichen Rückblicks waren es 2704 Firmen an 880 Orten mit etwa 28 000 Gehilfen gewesen, für welche die Tariffätze der Tarifgemeinschaft Geltung haben.

Wesentlich gefördert wird die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft durch den § 48 des Tarifs, welcher bestimmt, daß die dem Tarifamt unterstehenden Arbeitsnachweise nur tariffreie Gehilfen in tariffreie Druckereien unterbringen dürfen; außerdem müssen auf Anweisung des Tarifamts die wegen ihres Entretens für tarifmäßige Bezahlung arbeitslos gewordenen Gehilfen in erster Linie Arbeit nachgewiesen erhalten. Solche Gemahregelung sind von Juli 1897 bis zum Mai 1898 durch die von Prinzipalen und Gehilfen gemeinsam erteilten Nachweise 518

untergebracht worden. Hierbei darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß die Gehilfen um so sorgfältiger vorgehen können, als sie durch ihre Organisation während der Zeit der Arbeitslosigkeit ausreichend unterstützt werden.

Wenn nun im Buchdruckgewerbe ein derartiges Zusammenwirken von Vertretern der Prinzipale und Gehilfen möglich ist, könnte es dann nicht ebenso gut Platz greifen in anderen Gewerben? Diese Frage drängt sich dem Socialpolitiker auf. Die Antwort kann kurz sein. Möglich sind ähnliche Vereinbarungen wohl in allen Gewerben. Da die Einsicht der Unternehmer im allgemeinen aber so weit nicht reicht, diese durch Gründe auch nicht herbeizuführen ist, so müssen sie durch die Logik der Thatsachen dazu gezwungen werden. Im Berliner Druckgewerbe ist dies Resultat erzielt, die Unternehmer haben nach jahrelangen Kämpfen endlich einsehen gelernt, daß mit der Organisation der Arbeiter wie mit einer gleichberechtigten Macht zu rechnen ist. An Stelle der fortgesetzten Kämpfe, des ewigen Auf und Nieder der Löhne, ist die Vereinbarung getreten, welche eine Stetigkeit der Verhältnisse garantiert. Macht unterhandelt mit Macht, und so werden geordnete Verhältnisse geschaffen, nicht durch Bitten des einen Teils, nicht durch absolute Herrschaft des anderen. Kräftige Organisationen auf beiden Seiten sind dafür die Vorbedingung, andernfalls fehlt den Vereinbarungen die solide Grundlage und die „Harmonie“ hat keinen Bestand. Und um zu dieser höheren Phase der Entwicklung, dem „Industrie-Konstitutionalismus“, sich empor zu arbeiten, dazu bedarf die deutsche Gewerkschaftsbewegung volle, ungehinderte Koalitionsfreiheit. hp.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 3. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Berliner Spielerprozeß. — Zur Krise des Marxismus. Von Professor Antonio Labriola. — Umriss der Idee des Gutes. Von V. Valargus. — Vom wahren Marxismus. Von Franz Mehring. I. — Deutsches Studententum in der Gegenwart. Von Dr. Emil Reherl. Wien. — Notizen: Zur Kritik der Kritik. Von Ludwig Wolman. — Feuilleton: Der 7. Internationale Geographencongr. in Berlin. (28. September bis 4. Oktober). Von Dr. Bruno Lindhardt.

*) Tarifamt d. D. V. Berlin-München. Preis 50 Pf.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal Verlegerstraße 13 (Inhaber Maul):
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.
Referent: Th. Glocke.

Alle haben Zutritt.
Parteigenossen, macht die Wähler des 45. Kommunal-Wahlbezirks auf diese Versammlung aufmerksam.
NB. Den Vorstands-Mitgliedern zur Nachricht, daß die Sitzung Mittwochabend 9 Uhr bei Krause stattfindet.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Adresse des Gen. Kiesel von jetzt ab Schulstr. 22 ist.
Der Vorstand.

Parteigenossen des Wahlkreises Cellow - Beerskow - Storkow - Charlottenburg.
Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 1 Uhr,
bei Thomas, Hildorf, Hermannstraße 50, (Apollon-Säle):
Kreis-Konferenz.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes und der Revolutoren.
2. Neuwahlen.
3. Die Beschlüsse der Brandenburgischen Provinzial-Konferenz und des Danneverschen Parteitag.
Referent: Gen. Fritz Zubell.
4. Die Lehren der Wahlstatistik.
Referent: Gen. Paul Hirsch.
5. Verschiedenes.

Es wird auf den § 3 des Organisations-Statuts des Kreises aufmerksam gemacht, wonach jeder Ort bis zu drei Delegierten entsenden kann, jedoch müssen dieselben politisch organisiert, in öffentlichen Parteiverfassungen gewählt und mit Mandaten versehen sein.
Die Konferenz wird pünktlich eröffnet.
Der Kreis-Vertrauensmann: Wilhelm Eberhardt, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 33a.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.
Freitag, den 20. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr,
General-Versammlung
beim Kollegen Beyer, Charlottenburg, Wallstr. 94.
Tages-Ordnung: 1. Rapportbericht und Bericht der Revolutoren. 2. Bericht der Rechtschutz-Kommission. 3. Erziehung des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. J. A. Ferdinand Ewald.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
bei Cohn, Dönhstr. 20/22:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Besprechung über die Streitigkeiten in den verschiedenen Branchen der Holzindustrie. Werkstattstreits und Differenzen.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung und Neuwahl derselben. 2. Verbandsangelegenheiten.
Der wichtigsten Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht der Mitglieder zahlreich zu erscheinen.
Die Bevollmächtigten.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentl. 1 Mark. Plomben 1,50 Mk.
Zahnarzt Wolf, jetzt Leipzigerstr. 130.
Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b]

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [24772*] Franz Tutzauer, Brannenstraße 152.

Öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen

für den 33. Kommunalwahl-Bezirk
am Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Meyders Festsälen,
Schönhäuser Allee 28.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. 2. Diskussion.
Referent: Kandidat des Bezirks Carl Koblenzer.

für den 48. Kommunal-Wahlbezirk (Gesundbrunnen)
am Donnerstag, 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Krauz (Victoria-Garten), Badstr. 12.

Tages-Ordnung:
1. Die Thätigkeit der Socialdemokratie im Roten Hause.
W. Pfannkuch. 2. Diskussion.
Es wird gebeten, am Mittwoch bei der Flugblattverteilung sich lokalen Teil.
Referent: Reichstags-Abgeordneter
zahlreich zu betheiligen. Näheres im Die Wahlkomitee.

Achtung!
46. Kommunal-Wahlbezirk.
Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Wedding-Rasino (Inhaber Gietner) Schulstraße 29:
Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und was hat der Freisinn für die arbeitende Bevölkerung Berlin gethan? Referent: Max Kiesel. Diskussion. (220/3) Das Wahlkomitee.
Arbeiter, Parteigenossen! erscheint alle Mann für Mann in der Versammlung.

Schöneberg.
Freitag, den 20. Oktober cr., abends 8 Uhr, im Anbahnhaus,
Hauptstraße Nr. 5/6:
Öffentl. Parteiverammlung
für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Danneverschen Parteitag. (Die Genossen der Orte Tempelhof, Friedenau, Steglitz, Lichterfelde sind hierzu eingeladen.)
2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauenspersonen und Neuwahl derselben.
5. Bericht der Wahlkommission und Neuwahl derselben. 6. Wahl der Delegierten zur Kreis-Konferenz.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Steindrucker und Berufsgen.
Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsg. Deutschl.
Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr:
Vereins-Versammlung
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag v. Hrl. M. Kube über Naturheilkunde.
3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 90/19
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Verwaltung.

Achtung, Bojamentiere!
Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein,
Alte Jakobstraße Nr. 75:
Öffentliche Versammlung der Bojamentiere u. Berufsg.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Streitigkeiten. 2. Die Entscheidung des Gewerbegerichts. 3. Verschiedenes. 153/10
Das Erscheinen aller Kollegen zu dieser Versammlung ist Pflicht und über pünktliches Erscheinen notwendig.
Der Einberufer.

Zum 1. Weihnachtstfesttag
ist mein Saal und Bühne frei.
Hensel,
1066 Invalldenstrasse 1a.
Achtung! Vereine!
Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Neu renoviert!
2 grosse Parkettsäle sind noch einige Sonnabende und Sonntage im Oktober und November zu vergeben.
29002* C. Hoffmann.

Ein donnerndes Hoch unseren Freunden und Restaurateur Paul Grass zu seinem 40. Weibestage widmen die Sumpfschwärmer 2336
S. 2. P. S. S. S.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau [2345] **Fina Zulger geb. Goltz** 4 Tage nach schwerer Operation verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Johanneshofes in Plogensee aus, statt.
Der trauernde Gatte:
Ernst Zulger nebst Kindern.

Hans Kayser
Gründer Bohlenhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert Legatille, Horningardorobe u. Nach, Temporwald, Schneidemaschine, Reibmaschine, 16, 11, an der Kinnestr. (Kauf bar, billige Preise.)

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts
Specialarzt f. Haut u. Hautleiden, 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Uhren u. Goldwaren
neueste Master, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren v. 16, 20, 25 M. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren v. 12, 15 M. (1899)*
Regulator v. 14, 20 M. etc.
G. Wagner
Skalitzerstr. 126, nahe Kath. Thor.
Reparaturen gut u. schnell.

Schuhwaren-Konkursmassen-Ausverkauf
Zeydelstraße 29 und Lindenstraße 105,
Die aus der Dienstmann u. Rothgiersschen Konkursmasse erwerbenden Waren und noch andere Partheiwaren werden zu folgenden Spottpreisen ausverkauft:
Herrenstiefel 3,90, Herrenschuhe 3,60, Damenstiefel 3,90, Gummischuhe 85 Pf., Ballschuhe 1,95 usw.
Zeydelstraße 29 und Lindenstraße 105.

Möbel auf Kredit *
und ganze
Wohnungs-Einrichtungen
bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.
Coulanteste u. beste Bedienung.
Bei Zahlungsschwierigkeiten größte Rücksicht.
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.
Central-Möbel-Halle, Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt
ist Dr. Thompson's Seifenpulver



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 18. Oktober.
Spernhaus. 2. Sinfonie-Abend der königlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Was ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Baga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Großstadtluft. Anfang 8 Uhr.
Neues. Götter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plajmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Jagdrevue. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luise. Wally Garré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Chend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Dele-Alliance. Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Hund um Berlin. Im Reiche der Ecession! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Sprechstücke. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Kauderz. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Waller-Theater).
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Schwank in 4 Akten von Blumenthal und Kadelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora.
Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.

Öfend-Carl Weiz-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Eine richtige Winterwanderung beginnt und jedermann kann über das Stid

Der Weltuntergang.

Großes Anhaltungsstück mit Gesang in 3 Akten (14 Bilder) von Dr. Carl Weiz und Jos. Will.
Alle Welt will den Weltuntergang sehen. Jeder ist entzückt über die blendenden Dekorationen im Weltuntergang.
Anfang 8 Uhr:
Parkett 60 Pf.
Täglich fast abverkauft.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstheater.

Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr:
Sum 6. Reihe:
Der Klub der Harmlosen.
Großes Berliner Sensationsstück in 5 Akten von Werben.
1. Bild: Verpöcht. 2. Bild: Auf dem Metropol. Ball. 3. Bild: Kaiserlicher Verdacht. 4. Bild: Im Klub der Harmlosen. 5. Bild: In Moabit.
Morgen, abends 8 Uhr: Der Klub der Harmlosen.
Die für die Reise nach der Teufelsinsel ausgehenden Böse haben auch heute Gültigkeit.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen:
Schneewittchen und die 7 Zwerge.
Baubermärchen in 8 Bildern.
Greife d. Plage zur Kinder-Vorstellung: Galerie 10 Pf. 2. Rang u. 2. Rang Speisitz 20 Pf. II. Parterre 30 Pf. I. Rang Balkon 30 Pf. I. Parterre 40 Pf. Balkon u. Tribüne 50 Pf. I. Rang-Lage 60 Pf. Parterre-Lage 75 Pf. Orchester- u. Fremden-Lage 1 R.
Sonntagnachmittag 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Nora Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten v. Friedrich v. Schiller.

Central-Theater.

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Waldmeister** von Johann Strauß.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Direktion: **Richard Schniz.**
Sensationeller Erfolg!
Täglich von 9 1/2 Uhr ab:
Rund um Berlin.
Berliner Kolatreue in 2 Akten von Julius Fremde.
Ruft von Julius Finschhofer.
1. Bild: An der Champséennes.
2. Bild: Im Kuchelkuchelpark.
Ständiges Lachen! Jubel! Beifall! Erregt:
9 1/2 Uhr: Die Verschönerung der Berliner Theater-Direktoren.
9 30 " Das ist Berlin, die Stadt der Lieder: Am schönen grünen Strand der Spree.
Berliner Landpartien.
10 " **Der Ehe-Automat.**
10 15 " Die lux. Detektiv.
10 30 " Die Kompensationen und die Kanalvorlage!
10 45 " Das letzte Pferd.
10 50 " Das sind lauter Puppen für Panoptikum.
10 55 " Die Friedens-Konferenz im Haag.
10 55 " 10 55 Uhr:
Die gejagten Zeugen im Harmlosenprozess in Moabit
sind zur Stelle gebracht.
Berlin und Fremde lachen bis zu Thränen um 10 Uhr 40 Minuten über
Dr. Kornblum. Kavaller Wolf.
Lana Kussinger etc.
Alles kommt, was man endlich gefunden den richtigen Sachverständigen.
Zum Schluss
Mit feierlicher Aushaltung:
Im Reiche der Ecession.
Großes Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.
Der Plajmajor.
Thomas, Tielscher, Holmberg, Junkermann.
Im 2. Akt: **Gr. Mutofop-Parzett.**
Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit
Cäcilie Carola
in der Titelrolle.
Ferner:
The Gothams
das berühmte amerikanische komische Vokal-Konzert.
Ollo Reutter
Chavita - Yumata Tiero - Sarra-Truppe - Blossoms - Les Durands
Francis Gerard
„Grigolatis“
etc. etc. etc.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Wiel. Victor, Britton, Sieidl, Krone, Rischwayer, Schneider und Schrader).
Zum Schluss:
Studies Vängsfahrt
Ballette von Menzel.
Anf. präcis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Rum. Balkon 75 Pf. Balkonlage 1 R. Orchesterlage 1,50 R. Fremdenlage 2 R.
Tageskasse 11-1 Uhr.
Die Billets zu den nummerierten Sitzen sind stets 8 Tage vorher zu haben.
Freitag: Neues Programm.
Zum Schluss:
Ein vergnügter Wahltag.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Solides Equestre. Olympische Spiele. Römische Biergepau eine 30 Fuß hohe Redubalmansagend und durch das Wasserballen fahrend. Sturz aus der Höhe der Cirkuslumpel ins Wasser. **Uniere Marine.** Ballett. **Die Seelöwen.** Mr. Charles Clark. Das Phänomen zu Pferd! Herr George Footitt als Schutzeiter. Gebrüder Permans als Nachtigallen - Imitatoren. **Sigier-Glown.** Daniels als Championboxer.
Morgen, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Palast-Theater.

Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Ganz Berlin spricht von dem **Oktober-Programm**. Ganz Berlin staunt über die trefflichen Restaurierung am höchsten Punkt. **Drei Vasillen** in dieser Foklung noch nie dagewesen. **Ganz Berlin lacht** über Winkler und Fröbel in der **romantischen** Gesangs-Ballette **Susanne im Bade.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lassenverkauft 6 Uhr. Billet-Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr. Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Großer Tanz.

Polyphon.

Selbstspielende Musikwerke.
Zum Preise von **20 Mk. aufwärts** liefern gegen **Manuskripten** 5 Monate **Garantie** **Cataloge gratis.**
Bial, Freund & Co. Breslau.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
- Im Theater abends 8 Uhr: -
III. Centenar-Vortrag:
Prof. Dr. Müller: „Entwicklungsgeschichte der Lebewesen.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Passage-Panoptikum.
Neu!
Anatomisch-Museum.

CASTANS PANOPTICUM.

165. Friedrichstr. 165.
Neu! Die heulenden und tanzenden Neu!
Derwische
! aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Palast-Theater.

Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Ganz Berlin spricht von dem **Oktober-Programm**. Ganz Berlin staunt über die trefflichen Restaurierung am höchsten Punkt. **Drei Vasillen** in dieser Foklung noch nie dagewesen. **Ganz Berlin lacht** über Winkler und Fröbel in der **romantischen** Gesangs-Ballette **Susanne im Bade.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lassenverkauft 6 Uhr. Billet-Vorverkauf vorm. v. 11-1 Uhr. Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Großer Tanz.

Polyphon.

Selbstspielende Musikwerke.
Zum Preise von **20 Mk. aufwärts** liefern gegen **Manuskripten** 5 Monate **Garantie** **Cataloge gratis.**
Bial, Freund & Co. Breslau.

Café-Lokal G. Günther.

Mitterstr. 54. Ude Alte Jakobstr. 10. 15; Thee, Milch, Schokolade etc. Weich u. Hart Bier. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Billard Stunde 40 Pf. große Zeitungs-Auswahl.
Elektrotechnik.
Neuer Abendkurs der „Elektra“
Heute, Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 Uhr, für Elektromontage, Installation u. Maschinenbau, Zeichen u. Algebra. Aelteste u. einzige Lehranstalt auf wissenschaftl.-prakt. Grundlage. Keine Vorkenntnisse - glänzende Resultate. Praktische Abendkurse im elektrotechnischen Laboratorium.
Diplomzeugnis - Stellungsnachweis.
Anmeldungen schließend persönlich, auch Sonntag bis 1 Uhr.
Prinzenstr. No. 55. - Prospekt gratis und franco.

Versuchen Sie * * *

Carola-Kaffee und werden Sie dann dauernd keinen anderen trinken; 1 Theelöffel genügt vollständig, um sich 2 Tassen vorzüglichen gesundheitlich zuträglichen Kaffees herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein ausgezeichnetes Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet ein Pfund Carola-Kaffee nur **30 Pfg.** Ueberall zu haben. [3634L]

Victoria-Theater.

C. Alexanderstr. 40. Fernspr. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmerich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 39. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität! Die weiße Henne. Novität!
(La poule blanche).
Baudelle in 3 Akten von Deimequin und Mars. Deutsch v. Volter-Böders.
Ruft v. S. Roger. In Paris mit feinst. Erfolg über 500 mal gegeben.

Alcazar-Theater.

Variété I. Rang.
Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Aufreten von absolut erstklassigen Spezialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entrée:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf. [23885]
Die Direktion:
Richard Winkler.

Maehrs Theater.

Oranienstr. 24.
Kojen aus dem Süden.
Ausstattungs-Burleske.
Das großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Kolumb, Soubrette.
Mstr. Pauly, Comarionist.
Mstr. Dobbrick, Champion-Handkugelschl.
Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Sonnabend- und Sonntag nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Großer Tanz.

Sanssouci.

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonntags
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Donnerstag und Sonntag nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
In Vorbereitung:
Die Ahnungslosen.

Achtung! Kösliner Hof.

Bekanntester Umkleekabinett der **Toiletten-Salon** (Frei und dieferhalb an einen großen Saal abzugeben).

W. Noacks Theater.

Grannenstraße 10.
Der Hüttenbesitzer
Schauspiel in 5 Akten v. Erich Miel.
Donnerstag:
Die schöne Ungarin.

Charlottenburg!

Da mein inneregehabtes Herren-Garderoben-Geschäft in andere Hände übergegangen, eröffne hier am **20. Oktober** er. unter der Firma **Rosenthals Internationales Maß-Geschäft** für Herren-Garderoben etc. **Kantstr. 56 im Laden**, 2. Haus von d. Wilmersdorferstr., obiges Geschäft. Bessere hochlegante **Anzüge nach Maß** von 26 Mk. an, **hochlegante Winter-Paletots** von 28 Mk. an nach Maß, sowie **Sojien nach Maß** von gutem, haltbarem Stoff von 6 Mk. 50 Pf. an. Es hat niemand mehr nötig, fertige Garderoben zu kaufen, und (part viel) Geld dabei.

Während des Umbaues

meines Ladens befindet sich vorläufig das Maßgeschäft in demselben Hause, **Kantstr. 56, I rechts**, 2. Haus der Wilmersdorferstr. **Jetzt schon größtes Lager** deutscher, englischer, französischer Stoffe in allen Preislagen.
Sonntags auch geöffnet.

Dr. med. Schaper.

hombop. Arzt, Spezialarzt für **Haut- u. Harnleiden**
Frauen-Krankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.
Hombopath. Poliklinik.
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstr. 114, I.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Betten, Stühle, Tischdecken, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Bettvorleger spottbillig. Pfandleiche Reanderstraße 6.
Winterpaletots, Anzüge, Regenschirme, Remontoirer, Operngläser spottbillig. Pfandleiche Reanderstraße 6. 117/2.
Damenmantel, Jacketts, wirklich billig, verkauft Stranz, Alexanderstraße 15. 2018.
Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ede Königsbergerstraße. 1372.
Strickmaschinen, jedes Fabrikat, auch auf Teilzahlungen. **Wulfen Brederer, Engelwer 20.** 713.
Fahrradhandlcr kaufen sämtliche **Radbedr.** und **Reifen**, sowie **Gehelle**, gesammte **Räder** sehr vorzuziehbar. **Fahrradartikel** an groß, sehr **Andauer**. Straße 3. Offenber. 113/6.
Witten-Terrain im Vorort, 5 Hektar von der Bahn, 105 Acker, schöne Lage, verkauft für 1500 Mark bei halber Anzahlung. **Eriz Dehlfeldt**, Stromstraße 31. [2388]

Vermischte Anzeigen.

Elektra, Prinzenstraße 55. Neuer **Kendrickus**, beginnend **Mittwoch, 18. Oktober**. Gediegene **praktische** und **theoretische** Ausbildung für **Elektromonteur**, **Installateur**, alle **Metallgewerbe**. Keine **Vorkenntnisse**. **Diplomzeugnis**. **Stellungsnaheweis**. **Verzinsung** gratis. **Anmeldung** täglich, auch **Sonntagvormittags**.
Vereinzimmer zu 50 Personen zu vergeben. **Pfefferberg-Kuchenschaf**, Briedenstraße 2. 2136
Vereinzimmer mit **Piano**, auch **passend** zur **Zahlsche**, zu vergeben. **A. Rosinski**, Peterburgerstraße 88.
Werkze Kupferrichtung von **Edison** und **Matrasen**. **Frangie**, **Sollmanns**straße 13. 2176
Störtern **teile** vollständig und **damern** **billig**. **Ruperts**, **Albers**, **Wenigendstraße** 20, I. [1976]
Wachsenden, sowie **Feuerungs**-Anlagen und **Reparaturen** werden **ausgeführt**. **Carl Schmidt**, **Rauwer**, **Sorauerstraße** 9. 113b
Weyerlegions **Wachhaus**, **Wesun** und **andere** **wissenschaftliche** **Bücher** **kauf** und **belehrt** **Antiquariat** **Koch** **straße** 56 I. 1092

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Korbhutmacher auf glatte **Reifen** verlangen sofort bei dauernder **Beschäftigung** **Gold** & **Schumann**, **Gold**-**leichenstraße**, **Strelitz** I. 22. 194b
Korbhutmacher verlangt **Kottbuser** **Damm** 100. 1945
Klavierspieler für **Sonnabend** und **Sonntag** verlangt **Wald**, **Schöne**-**straße** 6. 1916K*
In. Frach und **Wohrbeiter** verlangt **Sundermann**, **Frangische**straße 28. 221b
Wasserpfeifer auf **Wände** verlangen **Berg** & **Gebäude**, **Schilling**straße 12. 232b
Cartonnagen-**Gründer** sucht **so** fort **Cartonfabrik** **Dehnde**, **Müller**straße 179a. 236b

Arbeitsmarkt.

Tüchtige **Handmacher** verlangen **Deutsch** u. **Endmann**, **Waldingstr.** 4.
Korbmacher auf **Vurus** **Schmidt** u. **Brickmann**, **Rammstraße** 82. 179
Korbmachergesellen auf **Vurus** sucht **Erie**, **Wirdorf**, **Schäperstr.** 32.
Tüchtige **Handmacher** verlangt **Wolff**, **Diesendstraße** 33. 230b
Drehtler, **Zusammensteller**, **Feiler**, **Schleifer**, **Polierer** verlangt **Stroh**-**fabrik** **Ritterstraße** 59. 230b
Tüchtige **Schneidmänner** verlangt **Wollmann**, **Friedenstraße** 65. 242b
Bisquarbeiterin verlangt **Görlich**, **Charlottenburg**, **Kantstraße** 63.
Handarbeiterinnen, **gebüde**, auf **bessere** **Stellen**, sucht bei **höhem** **Arbeits**-**lohn** **Wollmit**, **Andauerstraße** 47a, **vorn** I. **Troppe**. 241b
Enden, **Binden-Arbeiterin**, **Wäscher**, **leichte** **Handarbeit**. **Freie**, **Katholiken-Allee** 4. 7120
Wäsche **Karton-Arbeiterinnen** verlangt **Emil** **Bode**, **Katholiken-Allee** 26.
Schürzen-Arbeiterin verlangt **Kleine** **Andauerstraße** 7 II. 224b
Streichere, **tüchtige** **Rechen**-**näherin**, **banernde** **Beschäftigung**, verlangt **Stanz**, **Waldingstr.** 22. [227b]
Schürzen-Arbeiterinnen, **welche** **größere** **Quantitäten** **leisern** **Wännen**, **und** **welche** **zur** **zweiten** **Hand** **arbeiten**, **finden** **sohnende** **Beschäftigung** bei **Witold** **Troppe**, **Kommandanten**-**straße** 59, II. [229b]
Wäscherinnen auf **gewisse** **Um**-**legungen**, **im** und **außern** **Haufe**, verlangt **Max** **Troppe**, **Schäperstr.** Allee 107a, **Fabrikstraße** IV. [339*]
Handarbeiterinnen, **gebüde**, **sucht** bei **höhem** **Arbeitslohn** **Wald**, **Troppe**straße 51, I. 153b
Fäblerin, **auch** **zum** **Einlernen**, **sucht** **D. Graden** **mechanische** **Stricker**.
Tricotisten-**Arbeiterinnen** verlangt **Julius** **Postl**, **Jägerstraße** 47/48.

Arbeitsmarkt.

Vegetarier auf **Goldleihen** gesucht **Eigentümerstraße** 15. [774*]
Waginererinnen verlangt die **Beschäftigungsfabrik**, **Holzmarktstr.** 67.
Im Arbeitsmarkt durch **besonderen** **Ertrag** **herborgehobene** **Anzeigen** **losten** **40 Pf. pro** **Seite**.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Robert **Wengels**, **Reudstr.** 30, D.
L. Vogel **Wiese**, **Koppenstr.** 63.
Chr. Schulz, **Blumenstr.** 14.
Nordosten:
J. Heil, **Barnimstr.** 42.
Norden:
W. Gasmann, **Grünthalstr.** 65.
Karl **Ward**, **Katholiken-Allee** 93/90.
Emil **Tralzenburg**, **Biesenstr.** 14.
L. Dechard, **Rubenlagstr.** 24.
S. Vogel, **Demmerstr.** 32.
H. Tich, **Invalidenstr.** 124.
Nordwesten:
Karl **Ruders**, **Schäperstr.** 8.
Südwesten:
H. Ohnberger, **Bergmannstr.** 23, D. II.
S. Zardor, **Kreuzbergstr.** 15.
Süden:
F. Gutschmidt, **Kottbuser Damm** 8
Südosten:
Fritz **Thiel**, **Ballgierstr.** 35.
W. Giesche, **Brangestr.** 58.
Martin **Reicha**, **Waldstr.** 24.
Centrum:
P. Parsch, **Waldstr.** 27.
H. Tich, **Reudstr.** 23.
Charlottenburg:
Guth **Scharnberg**, **Schillerstr.** 94 I.
Friedenau:
G. Berner, **Reudstr.** 15.
Friedrichsberg:
Anton **Kopp**, **Friedrichstr.** 4.
Pankow:
Kummer, **Ritter** **Friedrichstr.** 15.
Rixdorf:
G. Ostermann, **Reudstr.** 6.
G. Neheran, **Bernauerstr.** 50.
Schöneberg:
Witth **Bäumler**, **Spohler** **Paulusstr.** 13.
Weissensee:
Heinrich **Bachmann**, **Reudstr.** 1.
Julius **Schiller**, **Andauerstraße** 90a.
Rob. Dieckhauer, **Kuhlen** **Adolf** **straße** 16.

Verantwortlich der Redaction: Robert Schmidt in Berlin. Für den Anseratenteil verantwortlich: Ed. Giese in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.